

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg)

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgebühren) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, 3. Et.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30  $\mathcal{A}$ .  
für Versammlungsanzeigen 10  $\mathcal{A}$  pro Zeile.

## Zu den Kampfvorbereitungen des Bauarbeitgeberbundes.

Der von H. Schmiedehaus entworfene Grundriß eines Kriegsplans des Bauarbeitgeberbundes für 1913, den wir in unserer Nr. 1 abdruckten, enthält gerade nichts Neues. Er bestätigt aber ausdrücklich, was wir schon wußten, und das ist keineswegs wertlos, nämlich die Tatsache, daß der Bauarbeitgeberbund gar nicht daran denkt, auf das Verhältnis, wie es heute besteht, seine Tarifpolitik weiter aufzubauen, für ihn ist dieses Verhältnis nicht „eine brauchbare Grundlage“. Der Bauarbeitgeberbund denkt gar nicht daran, auf friedlichem Wege die Lohn- und Arbeitsbedingungen und damit die beruflich-wirtschaftliche Lage der deutschen Bauleute zeitgemäß aufbessern zu lassen. H. Schmiedehaus umschreibt die Tarifpolitik (richtiger Vertragspolitik) des Bauarbeitgeberbundes hingegen kurz, klar und bestimmt so: künftige Lohnbewegungen einheitlich zu bekämpfen und Streiks mit einer Gesamtausperrung zu beantworten. Und H. Schmiedehaus schreibt das nicht nur, sondern der Bauarbeitgeberbund und besonders sein Vorstand sind in voller Tätigkeit, in dieser Richtung zu wirken. Die Geheimversammlung genannten Bundes im Frühjahr 1911 in Nürnberg stimmte bereits den Ausführungen des Herrn Noack aus Dresden zu, den Bauarbeitgeberbund als Kampforganisation so stark einzurichten, daß die Arbeiter es nicht riskieren, ihn anzugreifen; es nicht riskieren, mit Forderungen an die Arbeitgeber heranzutreten. Der Vorstand genannten Bundes hat inzwischen alles versucht, die Organisationen der Nebengewerbe mit in den Bund zu ziehen oder sie zum Abschluß von Kartellverträgen zu bestimmen, mit dem Ziel, den Kampf gegen die Arbeiter konzentrisch zu führen. Der Deutsche Betonverein ist für den Anschluß an den Bund gewonnen, mit dem Verband deutscher Tiefbauunternehmer ist ein Kartellvertrag abgeschlossen; ebenso sind die Organisationen der Ziegelei-Industriellen und die Vereine der Baustoffhändler für den Kampf gegen die Arbeiter gewonnen. Nach Schluß der letzten Tagung des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe hielt der Vorstand des Bauarbeitgeberbundes mit den Vorständen der Arbeitgeberverbände im Dachdecker-, Bildhauer-, Stukkateur-, Gipser-, Verputz-, Platten-, Maler-, Ofenseher-, Installateur-, Klempner-, Kupferschmied- und Steinsehergewerbe in Berlin eine Konferenz ab, um sie für den Zusammenschluß oder zum Abschluß von Kartellverträgen zu gewinnen mit dem Ziel, im Jahre 1913 den Kampf gegen die Arbeiter geschlossen zu führen und für die Zukunft einen gemeinsamen Ablaufstermin für die Tarifverträge zu bestimmen. Selbst so besonnene und im Bauarbeitgeberbunde einflussreiche Herren, wie Baurat Enke in Leipzig und Maurermeister Holst in Hamburg, rechnen mit einer Gesamtausperrung der deutschen Bauleute im Jahre 1913 wie mit einem unabwendbaren Naturereignis, wenn es die deutschen Bauleute nicht vorziehen, auf jede Forderung, ihre beruflich-wirtschaftliche Lage zeitgemäß aufzubessern, zu verzichten. Und das werden sie wohl nicht wollen.

H. Schmiedehaus liefert aber nicht nur einen wertvollen Beitrag zur Erkenntnis und Bestätigung dieser Sachlage, sondern er bestätigt auch, daß die örtlichen Verhandlungen 1908 sowohl als im Jahre 1910 nur niederträchtige Komödien waren, um die Arbeiter zu verhöhnen und zu narren, um wirkliche Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hintertreiben und in der Wirrnis einen zentralen Schiedspruch herbeizuführen. Daß die Schiedsrichter dabei über Schmiedehaus' Wünsche, die sich mit den Wünschen der Matadore des Bauarbeitgeberbundes decken dürften, hinausgegangen sind, erregt zwar seinen Zorn gegen

die Schiedsrichter, und er möchte das für die Zukunft unmöglich machen; aber das ändert nichts an der Tatsache, daß man im Bauarbeitgeberbunde der Ueberzeugung ist, daß die Arbeiter mit einer solchen Methode am besten über den Köffel barbiert werden können. H. Schmiedehaus schildert das Intrigenspiel im Jahre 1910 und bestätigt damit, was wir damals geschrieben haben. An die Bauarbeitgeberverbände „war überall die Parole ausgegeben, nichts zu bewilligen“. Man war dort „nach bestimmten Transformationen der Ueberzeugung“, daß man „eine Lohn-erhöhung von höchstens 3  $\mathcal{A}$  zu erwarten“ hätte, wenn eben bei den örtlichen Verhandlungen gar keine Zugeständnisse gemacht worden wären. Nichtsdestoweniger schätzt H. Schmiedehaus es als einen „außerordentlichen Erfolg“ der Ausperrung ein, „wenn es nur zu einer Erhöhung von 5  $\mathcal{A}$  — verteilt auf die Dauer von drei Jahren — gekommen ist, wenn es gelungen ist, die Arbeitszeit in den meisten Gebieten auf ihrer bisherigen Höhe zu erhalten“. Ohne jene hinterlistigen taktischen Manöver hätte es eben anders, für die Arbeiter besser kommen müssen. Das ist ein geradezu vernichtendes Urteil über das gegenwärtige jämmerliche Tarifvertragsverhältnis im deutschen Baugewerbe.

Natürlich schätzt der Bauarbeitgeberbund dieses Tarifvertragsverhältnis anders ein. Veränderungsbedürftig ist es zwar auch für ihn, aber in der entgegengesetzten Richtung, als wir wünschen müssen. H. Schmiedehaus gibt ja allerhand Ratschläge und Fingerzeige, wie es geändert werden müßte, um es den Wünschen der Scharmacher entsprechend zu gestalten. Er regt auch knifflige Schachzüge und Ränke an, um die Arbeiter bei einem eventuellen Neuabschluß zu pressen. Und vor allem redet er nicht einem ehrlichen Tarifvertragsverhältnis das Wort. Es handelt sich für ihn immer und immer wieder nur darum, „künftige Lohnbewegungen einheitlich zu bekämpfen und Streiks mit einer Gesamtausperrung beantworten zu können“. Was er dabei den Gewerkschaften, Gewerkschaftsführern und vor allem uns Zimmerern anbietet, ist — um seine eigenen Worte vom 12. Februar 1911 zu gebrauchen — nur die dürftige Hülle, hinter welcher er seine groteske Unverschämtheit zu verbergen sucht.

Was dagegen zu unternehmen ist, welche Taktik solchen unehrlichen Treiben gegenüber unsererseits angewandt werden soll, zu erörtern, müssen wir uns versagen, weil das Sache der Beschlussfassung unserer Verbandsinstanzen ist. Nur darauf haben wir zu verweisen, daß die unehrlichen Manipulationen, die bisher vom Bauarbeitgeberbund in der Tarifvertragspolitik angewandt worden sind und die von H. Schmiedehaus für die Zukunft in Vorschlag gebracht werden, in der Hauptsache nur deshalb Erfolg hatten und für die Zukunft Erfolg zu versprechen scheinen, weil im deutschen Baugewerbe die ehrliche Methode des Tarifvertragschlusses umgestülpt ist. Die ehrliche Methode des Tarifvertragschlusses besteht nämlich darin, daß man zunächst einen Lohn- und Arbeitstarif vereinbart und dann mittelst eines Vertrages festsetzt, wie die beiderseitigen Organisationen den vereinbarten Lohn- und Arbeitstarif durchzuführen und schützen wollen. Im Baugewerbe hingegen schließt man erst einen Vertrag und vereinbart dann Lohn- und Arbeitstarife, dabei kommt heraus, was wir haben, nämlich die Karrikatur eines Tarifvertragsverhältnisses.

Es würde zu weit führen, die geschichtliche Entwicklung dieses Jammerzustandes hier zu beschreiben, weil dabei umfangreiche Auseinandersetzungen erfolgen müßten, die weit mehr als den Raum eines oder einiger Zeitungsartikel beanspruchen würden. Aber wir müssen darauf eingehen, wie die Dinge vor dem gegenwärtigen Tarifvertragsverhältnis lagen und welche materielle Bedeutung die Scharmacherbestrebungen haben.

Die die Lohnsätze und Arbeitszeiten bestimmenden Faktoren waren die Konjunktur und die Kraft der Gewerkschaftsorganisationen. Beide Faktoren wirkten nicht immer in gleicher Weise und sie waren auch keineswegs an allen Orten gleich stark. Daher kommt es, daß sich die Lohnsätze und Arbeitszeiten im Baugewerbe recht verschieden gestaltet haben. In der Theorie will nun der Tarifvertrag bei seinem Abschluß das vorwegnehmen und festlegen, was während seiner Geltungsdauer auf dem Wege des Kampfes durchgesetzt werden könnte, und ferner will er die großen Unterschiede in den Lohnsätzen und Arbeitszeiten beseitigen — in der Theorie! Wir glauben, kein Arbeiter würde sich dagegen auflehnen, diese Theorie in die Praxis umzusetzen, und vor allem würden wir das nicht tun. Versuchen wir doch einmal, ein Bild zu gewinnen, wie die Dinge in Deutschland speziell für uns liegen müßten, wenn jene Tarifvertragstheorie in die Praxis umgesetzt werden würde.

Als Unterlagen, ein solches Bild zu gewinnen, stehen uns der Buchdruckerarif zur Verfügung und die Kampferfolge unserer Kameraden in Hamburg. Dem Buchdruckerarif rühmt man ja allseitig nach, daß er in bezug auf örtliche Lohnabstufungen das Vollständigste darstellt, was sich erreichen läßt, und von unsern Kameraden in Hamburg steht fest, daß sie alle Möglichkeiten, angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, nach bestem Wissen und Können benutzt haben. Für die Buchdrucker besteht nach ihrem neuen Tarif eine wöchentlich dreißigstündige Arbeitszeit; die tägliche Arbeitszeit ist eine neunstündige, am Sonnabend oder am Jahrtage eine achtstündige. Der tarifmäßige Stundenlohn eines vollleistungsfähigen Buchdruckergehilfen beträgt in Hamburg 65  $\mathcal{A}$ . Da den Buchdruckern Festtage usw., die in die Woche fallen, nicht in Abzug gebracht werden, und der Wochenlohn in Hamburg für einen vollleistungsfähigen Buchdruckergehilfen tariflich M. 34,38 beträgt, macht sein tariflicher Jahresarbeitsverdienst M. 1787,76 aus. Der Tarifvertrag für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter in Hamburg schreibt für die Sommermonate die neunstündige Arbeitszeit vor, die sich im Winter der Tageshelle entsprechend verkürzt; in den Sommermonaten beträgt am Sonnabend die Arbeitszeit 8 1/2 Stunden. Für Maurer und Zimmerer beträgt in Hamburg der tarifliche Stundenlohn 85  $\mathcal{A}$ ; die tarifliche Jahresarbeitszeit beläuft sich auf 2554 Stunden und somit der tarifliche Jahresarbeitsverdienst auf M. 2170,90. Genug, der tarifliche Stundenlohn der Maurer und Zimmerer in Hamburg ist 20  $\mathcal{A}$  höher als der tarifliche Stundenlohn eines vollleistungsfähigen Buchdruckergehilfen in Hamburg. In drei Orten, Cöpenick, Friedrichshagen und Harburg, ist der tarifliche Stundenlohn der Maurer und Zimmerer zwar 24  $\mathcal{A}$  höher als der Stundenlohn eines vollleistungsfähigen Buchdruckergehilfen, wir wollen das jedoch hier außer Betracht lassen und an der Spannung zwischen den Stundenlöhnen der Buchdruckergehilfen und der Maurer und Zimmerer in Hamburg, also an 20  $\mathcal{A}$  festhalten. Diese Spannung dürfen wir nach der oben umschriebenen Tarifvertragstheorie, um ein Bild zu gewinnen, wie nach jener Theorie die Lohnsätze für Maurer und Zimmerer bei einem Reichstarife sein müßten, für ganz Deutschland in Rechnung bringen und sagen, die Arbeitszeit müßte in ganz Deutschland für Maurer und Zimmerer in den Sommermonaten ebenso lang sein wie die tarifliche Arbeitszeit der Buchdrucker, der Stundenlohn der Maurer und Zimmerer müßte jedoch 20  $\mathcal{A}$  höher sein als der tarifliche Stundenlohn der vollleistungsfähigen Buchdruckergehilfen. Da sich nun nach dem neuen Buchdruckerarif für jeden Druckort der Stundenlohn für vollleistungsfähige Buchdruckergehilfen berechnen läßt, wollen wir diese Löhne in nachstehenden Tabellen (Seite 22) aufführen und daneben

Stundenlohnätze, wie sie der neue Buchdruckerarif für voll leistungsfähige Buchdruckergehilfen vorschreibt und wie sie nach der Tarifvertragstheorie für Maurer und Zimmerer sein müßten.

Table with 12 columns: Ortsnamen, Stundenlöhne (Buchdrucker, Maurer/Zimmerer), Ortsnamen, Stundenlöhne (Buchdrucker, Maurer/Zimmerer). Rows are organized by Kreis (I, II, III, IV, V, VI, VII, VIII, IX, X, XI, XII).

die Stundenlöhne für Maurer und Zimmerer, wie sie nach der obigen Tariftheorie sein müßten.

Wir wiederholen: Kein Arbeiter würde sich der Einführung eines solchen Reichstarifs und seiner Verbesserung nach der oben umschriebenen Tariftheorie widersetzen; jedenfalls wir nicht. Aber will der Bauarbeitgeberbund, wollen seine örtlichen Arbeitgeberverbände einen solchen Reichstarif, wollen sie auch nur mit dahin wirken, daß ein solcher in absehbarer Zeit zustande kommt? Bewahre! Das fällt dem Bauarbeitgeberbund und seinen örtlichen Arbeitgeberverbänden ja gar nicht ein. Sie alle vertreten eine ganz andere Tarifvertrags-theorie, nämlich jene, die H. Schmiedehaus umschreibt: künftige Lohnbewegungen einheitlich zu bekämpfen und Streiks mit einer Gesamtansperrung zu beantworten. Jene beiden Faktoren, welche früher die Lohnsätze und Arbeitszeiten bestimmten und emporgebracht haben, die Konjunktur und die Kraft der Gewerkschaften, wollen die Arbeitgeberorganisationen unwirksam machen. Und wie das geschehen soll, hat H. Schmiedehaus in durch-aus klarer Weise umschrieben oder umfänglich neu umschrieben. Er findet, wie wir wissen, auf der ganzen Linie den Weisfall der Arbeitgeberverbände, und das zu wissen, ist für die Strategen und Taktiker der Arbeiter von großem Wert und nicht minder für alle Arbeiter, die ihre beruflich-wirtschaftliche Lage aufbessern wollen. Sie wissen nun, daß dazu die Anspannung aller Kräfte notwendig ist. Es darf kein Ruben und kein Rasten geben, unermüdblich agitieren und rüsten heißt die Parole.

Das Organ unserer verwandten Berufsgenossen, „Der Grundstein“, gibt sich in seiner vorigen Nummer große Mühe, dem Schmiedehaus'schen „Schrieb“ jede Bedeutung abzuspüren. Damit steht der „Grundstein“ nicht allein, das machen auch die Führer des Bauarbeitgeberbundes. Auch sie meinen, wie uns berichtet wird, daß diese Schrift von Schmiedehaus persönlich herausgegeben wäre, der Arbeit-geberbund hätte damit nichts zu tun, die Schrift wäre auch nicht geheim, jeder könnte sie beziehen usw. Aber wo Ver-bandsfunktionäre so angebetet wurden, ist die richtige Antwort erteilt worden, nämlich, daß Schmiedehaus' Schrift wohl gerade so „persönlich“ sei, wie die „Lehren“ des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbandes „für die Zu-kunft“ vom Jahre 1909, die im „Zimmerer“ Nr. 7 vom Jahre 1910 abgedruckt sind. Nach dem Bekanntwerden der Schmiedehaus'schen Arbeit lasse sich leicht sagen, sie konnte von jedem bezogen werden usw.

Wer aber ein Buch auf dem Gewissen hat, wie „Der große Kampf im deutschen Baugewerbe 1910“, dem ist der Schmiedehaus'sche „Schrieb“ natürlich noch fataler. Wird doch in jenem Buche, Seite 230, ausgeführt:

„Das Vertragsverhältnis, wie es heute besteht, hat durch den gemeinsamen Verbandstag (der Maurer und Bauhilfs-arbeiter) seine Billigung erfahren. Es bildet darum für unsern Verband die Grundlage, auf der sich seine Tarif-politik weiter aufzubauen hat. Wir glauben, daß es eine brauchbare Grundlage ist.“

Gewiß, das Buch hat mit diesem Satze den lauten Bei-fall des „Correspondenzblattes der Generalkommission“ gefunden und zugleich auch den lauten Beifall der „Bau-gewerkszeitung“, die sich sogar vorbehalten hat, „noch auf einzelne Kapitel des Buches vor den Tarifverhandlungen des Jahres 1913 zurückzukommen“. Und das ist ja aller-hand. Allein das alles kann den Eigensinn der historischen Tatsachen, den ehernen Gang der geschichtlichen Dinge nicht brechen. Das beweist bereits der Schmiedehaus'sche „Schrieb“ und die Tatsache, daß der Vorstand des Bauarbeitgeber-bundes nach Schmiedehaus' Grundriß eines Kriegsplanes arbeitet. Und „Der Grundstein“ ist auch einsichtig genug, wenigstens am Schlusse seiner Stellungnahme zu Schmiede-haus' „Betrachtungen“ zu schreiben: „Wir müssen uns also darauf gefaßt machen, daß wir im Jahre 1913 nicht nur um die fortschrittliche Entwicklung der materiellen Arbeitsbedingungen zu kämpfen haben, sondern auch wieder, wie im Jahre 1910, für die Aufrechterhaltung unserer Rechte gegen scharfmacherische Vergewaltigung zusammen-gehen müssen.“

Wenn wir uns anschauen, mit den Unternehmern Kirichen zu essen, dann bekommen wir eben immer die Kirichsteine, und wenn wir mit ihnen in friedlicher Weise Rüsse knaden, dann bekommen wir die Schale. Wollen wir die holprige Bahn des historischen Klassenkampfes verlassen, um auf einem bequemen Promenadenwege unser Ziel zu er-reichen, dann treten die Scharfmacher mit ihren Lands-knechten gegen uns auf und zwingen uns wiederum auf den mühseligen Pfad des historischen Klassenkampfes. Das ist die Lehre, deren Wichtigkeit auch in diesem Falle wieder ein-mal bestätigt ist. Wir wünschen lebhaft, daß ihre Wichtigkeit im „Grundstein“ und auch im „Correspondenzblatt“ eben-falls eingesehen werden möge, gar manches würde dadurch in der Zukunft besser sein, als es in der Vergangenheit war.

### Der Gerichtstag.

Th. Berlin, 14. Januar.

Zubelnde Freude erfüllt die Herzen der Arbeiter. Glänzender noch, als kühne Hoffnung zu erwarten wegte, ist der Freitag für die Sozialdemokratie verlaufen. Liegen auch die amtlichen Auszählungen der Stimmen noch nicht vor, so ist doch sicher, daß die Zahl der abgegebenen sozial-demokratischen Wahlzettel weit über die vierte Million gestiegen ist. Um mehr als eine Million Stimmen hat die Arbeiterpartei ihr Wählerheer vermehrt. Nach einem Ueber-schlag haben 12 1/2 Millionen Wähler von insgesamt 14 Millionen Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen. Reichlich der dritte Teil davon hat sozialdemokratisch ge-stimmt. Jeder dritte Wähler in Deutschland hat sozialdemokratisch gewählt. Noch vor fünf Jahren war es erst jeder vierte, jetzt jeder dritte Mann! Diese un-gewöhnliche Verschiebung muß berücksichtigt werden, wenn man die Bedeutung des 12. Januar richtig würdigen will. Und da das Wachstum auf Kosten aller bürgerlichen Parteien erfolgt ist, da es ferner zwar nicht ausschließlich, aber doch ganz vorwiegend Arbeiter gewesen sind, die zur Vermehrung des sozialdemokratischen Heerbannes bei-getragen haben, so gewinnt der eben erlebte Wahltag auch in Hinsicht auf den Fortschritt der Klassenkampf-bewegung erhöhten Wert.

Das Gesamtresultat muß ins Auge gefaßt werden. Einzelne Wahlkreise haben enttäuscht. Sie sind in der Stimmenzahl etwa stehen geblieben oder gar zurück-gegangen. Auch Hamburg I und II gehören zu diesen Kreisen. Aber diese Einzelergebnisse, die zum Teil auf fortschreitende Entvölkerung oder auf andere natürliche Ursachen zurückzuführen sind, können nicht entscheidend sein. Das ist vielmehr die schon erwähnte Tatsache, daß diesmal jeder dritte Mann über 25 Jahre im ganzen Deutschen Reich sozialdemokratisch gestimmt hat. In den meisten Industriestädten ist es sogar reichlich jeder zweite. — Ueber solche Ziffern kann keiner hinwegsehen, kein Freund, kein Feind.

Gewiß! Auch das reicht noch bei weitem nicht. Aus vier Millionen müssen fünf, sechs und mehr werden. Denn unter den 14 Millionen Wählern befinden sich über neun Millionen Arbeiter und weitere vier Millionen Klein-landwirte, Unterbeamte und kleine Handwerksmeister oder Geschäftsleute, die nach ihrer wirtschaftlichen Lage ohne weiteres der Sozialdemokratie zugehören sollten. Aber wenn wir die vierte Million an Stimmen bereits stark überfliegen haben und keine Rede davon sein kann, daß der Höchststand erreicht sei, so ist zunächst die Auffassung widerlegt, die sozialdemokratische Bewegung werde auf einen bestimmten Teil der Bevölkerung beschränkt bleiben.

In den siebziger Jahren glaubte man hoch zu greifen, wenn man die Ausbreitungsfähigkeit des sozialdemokra-tischen Gedankens auf eine Million Anhänger schätzte. Mehr werde, so meinten die Klugen, „die verrückte kom-munistische Idee“ nicht werden können. Bis zum Ausgang der achtziger Jahre wurde diese Ziffer nicht einmal er-reicht. Wir erhielten, abgerundet, Stimmen:

1871	102 000	1878	437 000
1874	352 000	1881	312 000
1877	493 000	1884	550 000
1887		765 000	

Als unter dem Attentatschrecken von 1878 die Stimmen keinen Fortschritt zeigten und als unter dem Schandgesetz 1881 sogar ein Stimmenrückgang zu verzeich-nen war, da waren die Staatsweisen der frohen Hoffnung, die „sozialdemokratische Gefahr“ sei gebannt. Aber schon 1890 schoß unser sprudelnder Stimmenquell hoch über die gnädigst zugebilligte Million hinaus. Mit kräftigem Sprunge erhob er sich

1890 auf 1 425 000.

Mit der „höchstens eine Million“ war es also nichts. Es mußte uns schon noch eine Kleinigkeit zugestanden werden. Das geschah. Aber gleichzeitig wußte man ganz genau, daß bei drei Millionen Stimmen der äußerste Sättigungspunkt erreicht sein würde. Doch auch diese Ziffer hielt nicht lange Stand. Denn wir zählten

1893	1 800 000	Stimmen
1898	2 107 000	„
1903	3 010 000	„

Nun hätte es genug sein müssen. Nur Posadowsky war bereit, uns noch eine Kleinigkeit mehr zu erlauben, weil wir ja noch nicht einmal die Hälfte aller stimmberechtig-ten Arbeiter unter unsere Flagge gebracht hätten und des-halb eigentlich gar nicht berechtigt wären, uns Arbeiter-partei zu nennen. Andere dachten anders. Ihnen dämmerte auf, daß es auch mit den überschrittenen drei Millionen nicht abgetan sein werde, wenn nicht systematisch entgegengearbeitet würde. Der Reichsverband erstand und begann seine berüchtigte Tätigkeit. Abermillionen von Sudelschriften und Flugblättern wurden gegen uns ver-breitet, und da die nationale Sammelparole den Bruder-zwist zwischen den bürgerlichen Parteien vorübergehend zum Schweigen brachte, gelang es 1907, unsern Fortschritt

zwar nicht ganz zu hemmen, ihn aber doch beträchtlich zu verlangsamten. Immerhin brachten wir es

1907 auf 3 260 000 Stimmen.

Die Tore! Durch Lügen kann die Wahrheit zwar äußerlich beschmutzt, sie kann aber nicht vernichtet wer-den. Kurze fünf Jahre haben genügt, den Reichsverband so in Verfall zu bringen, daß anständige Politiker seine Wahlhilfe sich entschieden verbitten, und sein Häuptling, der General Liebert, ist in Borna-Begau in eine wenig aussichtsvolle Stichwahl mit unserm Parteigenossen Rißfel zurückgedrängt worden. Allzu rühmlich ist das nicht für einen Mann, der mit großem Munde sich vermaß, die sozialdemokratische Bewegung zersprengen zu wollen, der 1907 auch blendende Augenblickserfolge erzielte, der sich ferner als Retter Deutschlands feiern ließ, und der jetzt, wo die Wetterfestigkeit seines Schwindelbaues die erste Probe bestehen sollte, unter den Trümmern seines eigenen Hauses begraben werden kann. Der richtige General, der da meint, Arbeiter ließen sich durch Befehle kommandieren wie Rekruten, durch Lügengeschichten in ihrer Ueber-zeugung wartend, durch Schauermärchen gruseln machen. Leute wie Liebert mögen erst viel, sehr viel von den Ar-beitern lernen, ehe sie sich beifallen lassen, sie könnten den Arbeitern andere Meinungen beibringen. Liebert und seinesgleichen tun gut, wenn sie sich an den Vers von Heinrich Heine erinnern:

Heut helfen euch nicht die Wortgepinste  
Der abgelegten Redekünste.  
Im hungrigen Magen Eingang finden  
Nur Suppenlogis mit Knödelgründen.

Mit dem politischen und moralischen Fusel, den die Liebertgarde der deutschen Arbeiterklasse einzulösen trachtete, hat er nur diejenigen betrunken machen können, die durch die von Liebert verteidigte Wirtschaftsordnung bereits so auf den Hund gekommen waren, daß sie rechts und links nicht mehr unterscheiden konnten. Solche poli-tische Gaunereien, wie sie durch die Literatur des Reichs-verbandes verübt wurden, gelingen nur einmal. Alle Reichslügen und Reichslügner haben nicht verhindern können, daß diesmal

an 4 300 000 sozialdemokratische Stimmen

aus den Wahlurnen geflogen sind. Der Reichsverband ist an seinem eigenen Rote erstickt — ein schmachvolles aber verdientes Ende.

Nun geht es also schon stark auf die fünfte Million zu. Neue Massen der bisher bürgerlich stimmenden Wähler haben sich vom Heerbann ihrer Parteien gelöst und marschieren mit ihren Arbeitsbrüdern. Die Entwicklung vollzieht sich. Ueber die Stärke der Parteien werden erst die 189 Stichwahlen entscheiden, die Ende dieser und An-fang nächster Woche stattzufinden haben. Zu den 64 Man-daten, die der Sozialdemokratie bereits am Freitag zu-gefallen sind, werden sich durch die 122 Stichwahlen, an denen wir beteiligt sind, hoffentlich noch so viele gesellen, daß die Sozialdemokratie als stärkste Partei in den Reichstag einzieht. Scheiden wir das Zentrum mit seinen 79 bei den Hauptwahlen erlangten Mandaten aus, so haben wir ebenso viele Mandate am Freitag errungen, als alle andern bürgerlichen Parteien zusammengenommen. Denn es erhielten

Konservative	27	Mandate
Reichspartei	5	„
Wirtschaftliche Vereinigung	2	„
Polen	15	„
Nationalliberale	4	„
Fortschrittliche Volkspartei	—	„
Bund der Landwirte	1	„
Elfaß-Lothringer	8	„
Bauernbund	1	„
Dänen	1	„

Als endgültig Niedergerittene darf uns das schon be-hagen. Da wir in Stichwahl stehen in

38	Kreisen mit Nationalliberalen,
31	„ „ Fortschrittliche Volkspartei,
30	„ „ Konservativen und Reichspartei,
10	„ „ Zentrum,
7	„ „ Wirtschaftliche Vereinigung (Antisemiten),
5	„ „ Wilsen,
1 Kreis	„ „ Polen,

so wird es in 53 Kreisen zumeist von den Liberalen ab-hängen, wie die Stichwahl ausläuft. In 29 Wahlkreisen können wir der Fortschrittlichen Volkspartei beistehen gegen Konservative, Zentrum und Antisemiten. In 23 Kreisen können wir den Nationalliberalen gegen Schwarzblaue Hilfe bringen. Das wird geschehen, wenn unsere Jenaer Bedingungen für Stichwahlhilfe anerkannt werden. Mögen aber auch die Liberalen und Freisinnigen eingedenk sein, daß die Arbeiter, wenn die Liberalen immer wieder bei Stichwahlen uns gegenüber versagen, einmal beschließen können, die Liberalen nicht mehr als das kleinere Uebel anzusehen. Dann würden sie auf dürrer Aste sitzen und beim Sturz ihren Hals brechen.

Doch so oder so. Die Mandatzahl ist wertvoll, doch die Stimmenzahl ist wertvoller. Und die 4 1/2 Millionen Stimmen kann uns niemand rauben.

Der Sieg am Freitag ruft und ermuntert jeden zu neuer Arbeit. Die Blodfünder sind gerichtet. Die Voll-



Vorstand wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde dem Kassierer für die Kontrolle der Arbeitslosen eine Entschädigung von 50  $\text{M}$  pro Tag bewilligt. Es wurde noch mitgeteilt, daß bis dato 37 Mitglieder zusammen  $\text{M}$  401,25 Arbeitslosenunterstützung erhalten haben. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

**Gzarnikau.** Am 7. Januar tagte im Lokale von Pfeiffer eine Mitgliederversammlung, die von elf Kameraden besucht war. Die Tagesordnung lautete: Kassenbericht für das vierte Quartal 1911, Vorstandswahl, Vortrag des Kameraden Budzinski, Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde der Kassenbericht für das vierte Quartal 1911 durch den Kassierer bekanntgegeben und wurde demselben auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Sodann wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Nach vollzogener Wahl ergriff Kamerad Budzinski-Rede das Wort und hob hervor, daß auch die Zimmerer von Gzarnikau es einsehen hätten, daß nur durch festen Zusammenschluß in der Organisation die Interessen der Zimmerer wahrgenommen werden könnten und daß diese Organisation einzig und allein der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands sei. Der beste Beweis dafür sei, daß sich in Gzarnikau die Mitgliederzahl in Jahresfrist um 15 erhöht habe. Redner ermahnte, im neuen Jahre so weiter zu arbeiten, bis auch der letzte Zimmerer von Gzarnikau dem Verbandsangehörige. Ferner wurde auf die strikte Durchführung des Tarifvertrages hingewiesen. Im weiteren wurde ausgeführt, daß der bestehende Lohn den teuren Lebensmittelpreisen nicht im geringsten entspreche. Was durch die gewerkschaftliche Organisation an Lohnerhöhung erzielt würde, gehe uns durch die indirekten Steuern wieder verloren; wir müßten uns deswegen auch politisch betätigen. Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Referent auf die bevorstehenden Reichstagswahlen hin und forderte die Anwesenden auf, am 12. Januar die Stimme nur dem Arbeitervertreter zu geben, damit uns nicht noch mehr Steuern auferlegt würden. Im letzten Punkt der Tagesordnung wurde das Verhalten der Firma Feste kritisiert, die drei Junggefallen zumute, für bedeutend billigeren Lohn zu arbeiten. Diese zogen es aber vor, die Arbeit zu meiden, um den Tarif hochzuhalten. Kamerad Budzinski wurde beauftragt, mit dem Arbeitgeberbund in Verbindung zu treten zwecks Regelung der Angelegenheit. Mit einem Mahnwort an die Kameraden erfolgte durch den Vorsitzenden Schluß der Versammlung.

**Dortmund.** Am 7. Januar tagte unsere erste Generalversammlung auf Grund des Vertretersystems. Es wurden zunächst drei Kameraden zur Prüfung der Mandate gewählt. Den Jahresbericht gab der Vertrauensmann. Er berichtete über den Umfang des Baugewerbes in Deutschland. An der intensiven Steigerung der Rohstoffgewinnung und Kohlenförderung ist Westfalen und namentlich der Regierungsbezirk Arnsberg stark beteiligt. Die Spannung im Wirtschaftskreislauf werde auch mit Rücksicht auf die Zunahme der Bevölkerung immer größer, der Kampf ums Dasein immer schwerer. Eine besonders hohe Zunahme der Bevölkerung weist auch Westfalen auf mit 26,2 pSt.; dazu kommt, daß nach der Volkszählung von 1907 Westfalen mit 58,7 pSt. industrieller Bevölkerung alle übrigen preussischen Provinzen überragt. Mit dem Wachsen der Bevölkerung wächst auch der Bedarf an Wohnungen. In dem der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1910 vorausgehenden Jahr hat sich die Bevölkerung des Regierungsbezirks Arnsberg um 286 897 vermehrt. Der für die nächsten fünf Jahre zu erwartende Zuwachs kann auf durchschnittlich jährlich 60 000 Personen, oder im ganzen 300 000 Personen veranschlagt werden. Für diesen Zuwachs wären also, abgesehen von den Ersatzbauten, neue Wohngebäude zu errichten. Im Regierungsbezirk Arnsberg waren Anfang 1910 192 188 Wohngebäude vorhanden. Auf Grund der vorhandenen Bevölkerung entfiel auf 12,1 Personen ein Wohngebäude. Es wären also hiernach in den nächsten fünf Jahren 24 794 Gebäude zu Wohnzwecken zu errichten. Die Größe derselben wird sich nach der Wohnbedürftigkeit zu richten haben. Es entfielen in der Stadt Gagen Anfangs 1910 auf ein Wohngebäude 20,8 Einwohner im Durchschnitt, in Dortmund 20,6, Bochum 17,9 und Hamm 10,9. Entsprechend dem Unterschied in der Wohnbedürftigkeit ist auch der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Mietwert. Er betrug nach den amtlichen Veranlagungen auf das Jahr gerechnet  $\text{M}$  45,50. In den Städten betrug er in Gagen  $\text{M}$  73,50, Dortmund  $\text{M}$  82,50, Bochum  $\text{M}$  61,50 und in Hamm  $\text{M}$  59,50. Die Bauaktivität hat gegen das Jahr 1910 eine wesentliche Besserung zu verzeichnen. 1911 wurden für Dortmund 1243 Baugesuche erteilt, davon 314 für Wohn- und Geschäftshäuser, und 21 für gewerbliche Anlagen. Zur Lage der Ziegelindustrie berichtete die Presse, daß der Jahresverbrauch 1911 etwa 117 Millionen Steine erreichen dürfte, gegen 88,6 Millionen im Vorjahre und 77,9 Millionen im Jahre 1909. Die Großindustrie hat in diesem Jahre in der Umgegend Hunderte von Arbeiterwohnungen errichten lassen. Auf Grund der Verhältnisse in Westfalen besteht hier eine erhebliche Zahl Inhaber von Bau- und Zimmergeschäften. Der Westdeutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Essen a. d. Ruhr zählt für das Jahr 1911 in Westfalen 2786 Mitglieder. Für Dortmund zählt der Bund 108 Mitglieder. Im Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes sind zwei Mitglieder aus Westfalen als Vertreter vertreten. Nach dieser Richtung hin haben die Unternehmer im Baugewerbe ihr Schutz- und Trutzbündnis mit Erfolg ausgebaut. Eine ernste Mahnung für die Zimmerer, den einzigen wirtschaftlichen Schutz, die Organisation, zu befestigen. Der Bund der Arbeiter, machtlos gegen die Schutzkonkurrenz seiner Berufsangehörigen, aber desto energischer im Handeln gegen die Arbeiter beziehungsweise Zimmerer, legte sich im Berichtsjahre für die Errichtung seines einheitlichen Arbeitsnachweises ins Zeug. Die Errichtung stand ihm frei, der Nachweis besteht heute noch. Gegen die Vermittlung der Arbeitsuchenden nur durch das Unternehmer-Kontrollbureau, wie sie im Anfang üblich war, machten die Zimmerer Front, die übrigen Bauberufe schlossen sich dem an. Einstweilen ist Waffenstillstand. Die Stadtverwaltung hofft, den Nachweis in städtische Regie zu übernehmen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Differenzen ergaben

sich noch durch die Nichtzahlung des Landgelbes, Logisgeldes und des Aufschlages für Ueberstunden. Diese Streitfälle wurden durch die Schlichtungskommission erledigt. Durch das Vergehen der Zimmerarbeiten größerer Baugeschäfte an Zwischenmeister sind unhaltbare Zustände geschaffen. Fälle, wo die Kameraden den verdienten Lohn einklagen müssen, gibt es fast täglich. Da diese auch Unternehmer meistens preussisch eingerichtet sind, ist trotz Vollstreckungsurteil selten etwas zu holen. Durch den Konkurs einer Baufirma betrug der Lohnverlust für sechs Kameraden  $\text{M}$  319,38. Die industriellen Verhältnisse verursachen einen starken Zug von Arbeitskräften. Der Zugang betrug für das Zahlstellengebiet 660 Mitglieder, abgereist sind 549. Durch den losen Zusammenhang der am Orte vorübergehenden Arbeiter und Kameraden und durch die eigenartigen Arbeitsverhältnisse wird das Interesse an der Organisation am Orte geschwächt. Durch rege Agitation muß dies wieder wett gemacht werden. Die Zahlstelle errichtete im August ein ständiges Bureau mit einem besoldeten Vertrauensmann zur Führung der Geschäfte der Zahlstelle. Anna und Derne wurden als Bezirke angegliedert beziehungsweise errichtet. Versammlungen wurden im Berichtsjahre 25 abgehalten, davon fünf mit Vorträgen. In den Außenbezirken war der Vorstand in 32 Versammlungen vertreten. Außerdem fanden 40 Sitzungen für die Funktionäre statt. Das Ergebnis von zwei Statistikaufnahmen zeigt uns den Weg, wo eingeseht werden muß. Die Fäden müssen strenger gespannt werden, um vor unangenehmen Folgen bewahrt zu bleiben. Der Kassenbericht vom vierten Quartal nebst Mitgliederbewegung und Jahresabrechnung war jedem Delegierten zugestellt worden. Derselbe weist ein günstiges Ergebnis auf. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlassen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Den dritten Revisor stellt der Bezirk Görde. Einen größeren Zeitraum nahm die Beratung der Anträge in Anspruch, über das Ergebnis wird in den Bezirksversammlungen berichtet. Anwesend waren sieben Mitglieder des Vorstandes, drei Revisoren und 16 Delegierte. Nicht erschienen war ein Delegierter der Stadt und des Bezirks Schwerte.

**Feldberg i. W.** Am 31. Dezember fand im Verkehrslokal in Triependorf unsere Generalversammlung statt. Sie hatte neben anderem auch Stellung zu nehmen zur Erhebung eines Winterbeitrages von 15  $\text{M}$  pro Woche, was auch beschlossen wurde. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde genehmigt. Es folgte die Vorstandswahl. Die Arbeitslosen von Feldberg und Fürstentagen haben sich beim Hilfskassierer W. Rembe zu melden, und zwar vormittags von 10 bis 11 Uhr, und einmal in Triependorf bei W. Volkmann; die Kameraden aus allen andern Orten bei W. Volkmann in Triependorf, auch von 10 bis 11 Uhr vormittags. Zum Schluß richtete der Vorsitzende noch einige mahnende Worte an die Anwesenden, indem er sie aufforderte, tüchtig für die Ausbreitung unseres Verbandes einzutreten und auch für guten Versammlungsbesuch zu sorgen.

**Freising.** Hier fand am 24. Dezember eine Mitgliederversammlung statt, in der der Kassenbericht vom vierten Quartal erstattet wurde. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit, worauf die Versammlung den Kassierer entlastete. Die Mitgliederzahl beträgt 32. Nachdem der Vorstand gewählt war, wurde beschlossen, daß sich die Arbeitslosen beim Kassierer Jungbeck zu melden haben, und zwar vormittags von 10 bis 11 Uhr und nachmittags von 2 bis 3 Uhr.

**Gesfacht.** Die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle fand am 7. Januar statt. Sie nahm zuerst den Jahres- und Kassenbericht entgegen, den alleseitig zugestimmt wurde. Im Anschluß daran wurden die Wahlen vorgenommen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. In „Verschiedenes“ wurde das Verhalten der Kartelldelegierten getadelt, die in ungenügender Weise ihren Posten vertreten haben. Mit einer Schlußansprache des Vorsitzenden, es möge bei den kommenden Reichstagswahlen jeder seine ganze Kraft im Interesse der sozialdemokratischen Partei einsetzen, endete die Versammlung.

(Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war im Berichtsjahre keine besonders gute. Es wurde außer mehreren Wohnhäusern eine große Heilanstalt gebaut, was den hiesigen Kameraden ermöglichte, den Sommer über im Zahlstellengebiet zu arbeiten. Die Versammlungen waren durchweg schwach besucht; zwei Versammlungen mußten wegen ungenügenden Besuches ausfallen. Zu wiederholten Malen wurde auch an die Unorganisierten herangetreten, was aber leider ohne Erfolg blieb. Differenzen mit den Arbeitgebern haben nicht stattgefunden. Die Schlichtungskommission ist zweimal zusammengetreten wegen Lohngebietsstreitigkeiten mit der Zahlstelle Lauenburg, was in einer gemeinsamen Sitzung mit Einziehung des Gauleiters erledigt wurde. Der Mitgliederbestand betrug im Anfang des Jahres 24 und am Schluß desselben 30, davon arbeiten zurzeit nur 7 im Zahlstellengebiet. Unsere Gesamteinnahme betrug  $\text{M}$  1556,10, davon sind Zentralgelder  $\text{M}$  1084,65 und Lokalgelder  $\text{M}$  471,45. Die Ausgaben beliefen sich auf  $\text{M}$  294,94. Der Kassenbestand betrug am Jahresschlusse  $\text{M}$  480,37. Arbeitslos waren 5 Mitglieder insgesamt 43 Tage; an Unterstützung erhielten sie  $\text{M}$  70,75. Im großen und ganzen ist das Verbandsleben in unserer Zahlstelle kein besonders gutes, die meisten Kameraden scheinen die Lehre der Aussperrung von 1910 schon vergessen zu haben. Das beweist auch die letzte Monatsversammlung, die einen Antrag des Vorstandes auf 25  $\text{M}$  Winterbeitrag niederstimmte. Die hiesigen Kameraden sollten sich die Rüstungen der Arbeitgeber vor Augen halten, dann würde solche Interesslosigkeit dem Verbände gegenüber bald ganz verschwinden.

**Sahnau.** Am 7. Januar fand unsere erste Mitgliederversammlung statt, in der 22 Kameraden anwesend waren. Als Referent war Kamerad Rösch aus Dresden erschienen, der über die Reichstagswahlen und die Gewerkschaften sprach. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. An den Vortrag schloß sich die Wahl des Vorstandes. Die Gewählten versprachen, nach besten Kräften für das weitere Gedeihen der Zahlstelle einzutreten. Die Quartalsabrechnung wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. Unter „Verschiedenes“ kam ein Angriff der Maurer auf die Zimmerer, der zwischen Weihnachten und Neujahr stattgefunden, zur Sprache. Auf Anraten des Kameraden Rösch soll die

Angelegenheit dem Vorstand des hiesigen Zweigvereins des Bauarbeiterverbandes unterbreitet werden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

**Heilbronn.** Unsere Generalversammlung fand am 6. Januar statt und war von 54 Kameraden besucht. Das Andenken des verstorbenen Kameraden Maifac wurde in üblicher Weise geehrt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles wurde die Abrechnung vom vierten Quartal verlesen. Sie wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. Die Versammlung nahm sodann den Jahresbericht des Vorsitzenden entgegen, dem alleseitig zugestimmt wurde. Hierauf folgte die Vorstandswahl. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. In die Bauarbeiter-Schlichtungskommission und in das Gewerkschaftskartell wurden zwei Kameraden neugewählt. Kamerad Kircher erstattete sodann Bericht über die Verhandlungen und den Tarifabschluß für das Betongewerbe. Was den Geltungsbereich anlangt, so sei er nur auf das Stadtgebiet und die umliegenden Orte ausgedehnt. Der Stundenlohn beträgt für das Jahr 1912 61  $\text{M}$ . Die Arbeitslosenmeldestelle ist beim Kassierer, Goppelstraße 21, und die Kontrollstelle beim Vorsitzenden, Sonnengasse 8. Die Auszahlung der Unterstützung findet im Lokale am Sonntag zwischen 10 und 12 Uhr statt; ohne Mitgliedsbuch wird keine Unterstützung ausbezahlt. Angenommen wurde noch, in den Wintermonaten einen Extrabeitrag von 25  $\text{M}$  pro Woche zu fleben. Es wurde bekannt gemacht, daß der Prozeß, der von unserer Seite gegen die syndikalistische Gesellschaft in Böttingen geführt wurde, zu unsern Gunsten ausgefallen ist und die syndikalistischen Maulhelden die Ankosten zu tragen haben. Zum Schluß richtete der Vorsitzende noch einige mahnende Worte an die Anwesenden, indem er ihnen zur Pflicht machte, dafür zu sorgen, daß die säumigen Mitglieder baldmöglichst ihre Sachen in Ordnung brächten. Die Kameraden sollten aber auch der politischen Organisation das größte Interesse entgegenbringen, denn jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter müsse auch politisch organisiert sein. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Zentralverband schloß die Versammlung.

(Jahresbericht.) Das Jahr 1911 liegt hinter uns. Allen baugewerblichen Arbeitern werden die Lehren aus demselben noch im Gedächtnis liegen. Das Jahr 1911 war ein Jahr schwerer, aber erfolgreicher Arbeit, an der leider die Kameraden von einzelnen Plätzen nicht den Anteil nahmen, wie man es hätte wünschen können. Es ging deshalb auch nicht ohne Mißlichkeiten ab. Gleich im Frühjahr ging es in Böttingen los. Dort planten einige Mitglieder einen Gewaltstreik gegen die Vorstandskasse. Erst war es auf die Gründung einer eigenen Zahlstelle abgesehen, und als es damit nichts wurde, ging man offen zu den Syndikalisten über, mit denen bereits vorher eine Verhandlung getroffen war. Am Sonntag, 14. Mai, fand im „Württembergischer Hof“ eine anarcho-sozialistische Versammlung statt, die einberufen war von Hintertopf und Genossen, in der ersterer auch den Vorsitz führte. Als Referent war der bekannte Führer jener Richtung, Knecht aus Mannheim, erschienen. Zum Schluß forderte Hintertopf auf, diejenigen, welche sich in die Liste eingetragen hätten, möchten im Lokal verbleiben, alle andern müßten es verlassen. Ganze fünf Mann blieben. Die Komödie fand ihren Abschluß am 4. November vor dem königlichen Amtsgericht in Heilbronn. — Der Arbeitsmarkt war in diesem Jahre besonders im Baugewerbe ein sehr guter zu nennen. Es war der Zahlstellenleitung nicht mehr möglich, alle die Anforderungen, die an sie gestellt wurden, in ihren freien Stunden zu erledigen. Eine Besprechung mit dem Kameraden Leuger-Stuttgart endete damit, eine Person auf unbestimmte Zeit aus der Arbeit zu nehmen, um eine kräftige Agitation in der Zahlstelle zu betreiben. Der Zentralvorstand gab hierzu seine Genehmigung. Für die in Frage kommenden Arbeiten wurde der Vorsitzende bestimmt. Zunächst galt es, die Beschlüsse der neunzehnten Generalversammlung zu propagieren und daneben eine eifrige Werbearbeit in dem ländlichen Gebiet zu entfalten. Diese letztere Tätigkeit war nicht ganz ohne Erfolg, jedoch muß dort immer wieder von neuem angebohrt werden. Besonders viel Arbeit machte uns der Bezirk Lauffen, wo eine größere Anzahl Zimmerer beschäftigt war. Dort haben die Bezirkskassierer ihre volle Pflicht und Schuldigkeit erfüllt. Alle dort entstandenen Differenzen wurden zu unsern Gunsten erledigt. Bei der Agitation wurden besonders die Außenbezirke berücksichtigt. Auch viele Platzversammlungen mußten notwendig abgehalten werden. Zu gleicher Zeit wurde eine rührige Hausagitation betrieben und sind die Erfolge nicht ausbleiben, was auch durch die Zahl der Neuaufnahmen bewiesen wird. Die Freistellung einer Person für die Agitation auf vier Wochen ist für unsere Zahlstelle von großem Nutzen gewesen. Sie wird in Zukunft wiederholt werden müssen, denn es sind noch nicht alle Kameraden von der Notwendigkeit der Organisation völlig überzeugt, ja, manche hindern sogar die tätigen Kameraden an ihrer Arbeit für den Verband. Besonders zu bemängeln ist der schlechte Versammlungsbesuch, der auch hier einer Kritik unterzogen werden muß. Ist nicht jedes Mitglied verpflichtet, regelmäßig die Versammlungen zu besuchen, um sich über alles Wissenswerte zu informieren? Sind das wirklich noch Kameraden, die einer Kampforganisation angehören und dennoch den Versammlungen fernbleiben, oder sind es nur Mitläufer, die die Vorteile der Organisation stillschweigend in Kauf nehmen? Das muß für die Zukunft anders werden. Der Stoff, der in den Versammlungen vorliegt, ist so reichhaltig und die Aufklärung so notwendig, daß niemand feilschen darf. Aber auch im Hause muß mehr für Aufklärung getan werden. Es gehört nur eine Zeitung hinein, die uns im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe zur Seite steht, und das ist das „Medar-Echo“. Heraus aus den Wohnungen mit allen andern bürgerlichen Zeitungen, die uns bei jeder Gelegenheit aufs schärfste bekämpfen. Besonders zu beachten ist auch für uns „Der Zimmerer“. Auch er bietet den Mitgliedern Gelegenheit, sich zu bilden und zu betätigen. Der Abschluß eines Vertrags für das Eisenbetongewerbe wurde ebenfalls in diesem Jahre vollzogen. Schon im Frühjahr haben wir uns mit dieser Frage beschäftigt, jedoch kam es zu keinem Abschluß. So wurde nun endgültig am 27. November in Stuttgart ein Vertrag abgeschlossen. Der Lohnsatz ist folgender: Der Stundenlohn eines Zimmerers beträgt für das Jahr 1911 59  $\text{M}$  und für

das Jahr 1912 61 z. Weiter ist der achttägige Jahrtag festgelegt. Die Geschäfte der Zahlstellen erledigten sich in einer Generalversammlung, drei Mitgliederversammlungen, vier außerordentlichen Versammlungen, einer öffentlichen Versammlung, acht Bezirks- und vier Platzversammlungen, zwei Sitzungen mit den Bezirkskassierern, zwei Hausagitationen sowie in einer Unterhandlung mit der Firma Hauser. An Festlichkeiten beteiligte sich die Zahlstelle an der Maifeier sowie am Sommerfest der sozialdemokratischen Partei. Ein neues Jahr hat seinen Anfang genommen. Neue schwere Kämpfe stehen uns bevor. Die Unternehmer versuchen alles, um unsere Organisation zu zersprengen und uns längere Zeit kampfunfähig zu machen. Kameraden, der Kampf, der von den Unternehmern heraufbeschworen wird, muß von uns mit strenger Disziplin geführt werden, bis ihre Absichten zunichte gemacht sind. Geschlossenheit, Einigkeit und Opfermut sind vor allen Dingen nötig. Rein Rückwärts gibt's, ein Vorwärts nur, durch Kampf zum Sieg!

**Itzehoe.** Es fanden im Jahre 1911 neun Mitglieder- und zwei Extraversammlungen statt. Drei Mitgliederversammlungen mußten wegen zu schwachen Besuchs ausfallen. In einer der Extraversammlungen referierte Kamerad Behmann-Hamburg über die Aufgaben der neunzehnten Generalversammlung; in der andern Generalversammlung wurde über die Erhöhung der Beiträge beraten. Der Beitrag wurde von M 1 auf M 1,30 erhöht. Es regten sich erst einige Kameraden auf, aber mit der Zeit haben auch sie sich daran gewöhnt. Ferner fanden sechs Vorstandssitzungen statt; in zwei Sitzungen hatten wir uns mit dem Ausschluß von Mitgliedern zu befassen, die Böhntotbruch begangen hatten. In einer dieser Sitzungen war unser Gauleiter, Kamerad Holtz, anwesend. Weiter fanden drei Sitzungen mit den Arbeitgebern statt zwecks Abschluß eines Lohntarifs. Es wurde aber in keiner Sitzung eine Einigung erzielt; somit arbeiten wir bis heute ohne Tarif und werden wohl bis 1913 zu arbeiten müssen, wenn die Arbeitgeber uns keine Konzessionen machen. Die Kassenverhältnisse waren im Jahre 1911 folgende: Die Gesamteinnahme betrug M 3731,90, die Gesamtausgabe M 2940,37, der Kassenbestand M 791,53. Das Vermögen der Zahlstelle beträgt M 516. An Arbeitslosenunterstützung zahlten wir an 23 Kameraden für 250 Tage, zusammen M 422,75. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1910 56. Eingetretene sind acht, ausgeschlossen drei und gestrichen wurden zwei. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1910 55. Die Variabilität war im ganzen Jahre keine rosige; es arbeiten noch jetzt mehrere Kameraden auswärts. Hoffentlich wird es im künftigen Jahre besser werden. Jetzt heißt es, die Organisation weiter auszubauen. Pflicht der Kameraden ist es, die Versammlungen besser als im verflorenen Jahre zu besuchen, damit wir 1913 gerüstet auf dem Kampffeld stehen.

**Königsberg i. Pr.** Die Generalversammlung unserer Zahlstelle fand am 20. Dezember statt. Sie nahm erst den Kassenbericht entgegen und anschließend daran wurden die Namen der im letzten Quartal gestrichenen und der mit ihren Beiträgen länger als neun Wochen reitierenden Mitglieder verlesen. Ein Antrag, die letzteren ebenfalls zu streichen, wurde angenommen mit der Maßgabe, daß die Streichung am Quartalschluß erfolgen soll. Nach Erstattung des Jahresberichts durch den Kameraden Schmidt referierte Genosse Haase über die Bedeutung der Reichstagswahl. Hierauf wurde die Entschädigung für die Vorstandsmitglieder festgesetzt und die Wahl des Vorstandes und der Revisoren vorgenommen. Nachdem noch die Abrechnung vom Herbstfest gegeben war, trat Schluß der Versammlung ein.

**Leipzig.** Unsere Zahlstelle hielt am 8. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Zunächst erstattete Kamerad Röder im Auftrag der in der letzten Versammlung gewählten Kommission Bericht. Es handelte sich um die Beleidigung und die Anschuldigung, die das Mitglied Kramer dem Vorsitzenden gegenüber in der letzten Versammlung erhoben hatte. Aus dem Bericht ging hervor, daß Kramer der Kommission gegenüber auch nicht den geringsten Beweis für seine Behauptung erbracht hat. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution gegen vier Stimmen angenommen: „Die am 8. Januar 1912 tagende Generalversammlung der Zimmerer Leipzigs gelangt nach der Berichterstattung der Kommission zu der Ueberzeugung, daß die Anschuldigung, die das Mitglied Kramer dem Vorsitzenden der Zahlstelle Leipzig in der Versammlung vom 29. November 1911 gegenüber erhoben hat, jeder Grundlage entbehrt und geradezu frivol erhoben worden ist, nur dazu bestimmt, das Ansehen der leitenden Personen innerhalb der Organisation herabzuwürdigen. Ein derartiges Verhalten ist ein sehr verwerfliches und eines organisierten Arbeiters unwürdig und muß als organisationsgefährdend bezeichnet werden. Im weiteren ist die Kommission durch das Verhalten Kramers innerhalb der Kommissionssitzungen selbst zu der Ueberzeugung gekommen, daß Kramer den sogenannten böswilligen Querulanten zuzurechnen ist. Querulanten dürfen aber bekanntlich nicht ernst genommen werden. Aus diesem Grunde empfiehlt die Kommission der Versammlung, von weiteren Maßnahmen gegen Kramer Abstand zu nehmen.“ Aus dem Bericht des Vorsitzenden ging hervor, daß im Berichtsjahr 1 Generalversammlung und 11 Mitgliederversammlungen stattgefunden haben; in 6 wurden Organisations-, in 4 sozialpolitische und in 2 wirtschaftliche Fragen behandelt. Außerdem tagte die 19. Generalversammlung des Gesamtverbandes in Leipzig. Weiter haben 31 Bezirksversammlungen, 11 Platzbesprechungen und 21 Vorstandssitzungen stattgefunden. Kamerad Rose erstattete den Kassenbericht. Die Revisoren befundeten, Bücher und Belege in Ordnung gefunden zu haben, und beantragten, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Diese wurde dem Gesamtvorstande erteilt. Hierauf wurden die Wahlen vorgenommen. Wegen vorgerückter Zeit wurde der Bericht vom Gewerkschaftsartikel zurückgestellt. Auf Antrag des Vorstandes wurden den ausgesperrten Tabakarbeitern weitere M 300 bewilligt; gleichzeitig wurden die Mitglieder erinnert, während der Tabakarbeiteraussperrung ihre Marken von den Kolporteurs zu entnehmen. Weiter wurde ein Vorschlag angenommen, am Wahltag das Bureau nur von 11 bis 12 Uhr zu öffnen, um den im

Bureau beschäftigten Kameraden Gelegenheit zu geben, sich an den Wahlarbeiten zu beteiligen.

**München.** Am 3. Januar tagte in den Zentralfälen unsere ordentliche Generalversammlung, welche sehr gut besucht war und an der auch Zentralvorsitzender Kamerad Schrader aus Hamburg teilnahm. Als Tagesordnung war vorgesehen der Bericht des Geschäftsleiters für das Jahr 1911 und für das vierte Quartal 1911, sowie Bericht der Revisoren und Neuwahl der Vorstandsschaft. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der im Laufe des Berichtsjahres verstorbenen Kameraden, zu deren ehrendem Andenken sich die Versammlung von den Sätzen erhob. Nunmehr gab Kamerad Englbrecht den Kassenbericht über das vierte Quartal 1911, dem zu entnehmen ist, daß einer Einnahme von M 69 248,70 eine Ausgabe von M 21 700,05 (darunter M 17 952,15 an die Hauptkasse) gegenübersteht, so daß das Lokalkassenvermögen auf M 47 548,65 angewachsen ist. Auch die Mitgliederbewegung war noch ziemlich lebhaft und erreichte mit 2162 ihren Höhepunkt. Dem steht allerdings ein Abgang von 394 Mitgliedern gegenüber, so daß die gegenwärtige Mitgliederzahl 1768 beträgt. Diese hohe Abgangsziffer ist eine alljährliche Begleiterscheinung des herannahenden Winters, da viele auswärtige Kameraden den Winter zu Hause verbringen. Die beiden Revisoren bestätigten die Richtigkeit des Berichts, und auf ihren Antrag hin wurde dem Geschäftsleiter einstimmig Decharge erteilt. Kamerad Englbrecht gab nun den Jahresbericht für 1911, dem sich die Wahl des Vorstandes angeschlossen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Nasel.** Unsere erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre war von 31 Kameraden besucht. Nachdem der Vorstand gewählt war, referierte Kamerad Need aus Danzig über die Gewerkschaften und die Reichstagswahl. Nach einer eingehenden Erläuterung über das Wirken der Gewerkschaften kam Redner auf die gegenwärtige Teuerung zu sprechen und auf das recht oft gehörte Argument, daß die Teuerung durch die hohen Löhne verschuldet sei. Wie unsinnig eine solche Behauptung sei, lasse sich an zahlreichen Beispielen überzeugend nachweisen. Ein solches sei hier angeführt. Auf der Schichauwerk in Danzig finde die Lohnverhältnisse seit 15 bis 20 Jahren nicht aufgebessert worden, weil die Organisation dort erst spät eintroch. Trotzdem ließ es der mehrfache Millionär Schichau auf einen fast zwanzigwöchigen Kampf ankommen, und weil er länger auf seinem Geldsack sitzen als die Arbeiter hungern konnten, mußte der Kampf ergebnislos abgebrochen werden. Nach wie vor müssen nun diejenigen, die nur einen Stundenlohn von 30 z erhalten, für ihre Bedarfsartikel den gleichen Preis zahlen, wie die, die einen bedeutend höheren Lohn bekommen. Vielfach wird auch versucht, die herrschende Teuerung auf die vorjährige Dürre zurückzuführen, jedoch lehrt uns der Brotwucherzoll, daß es mit dieser Ausrede recht schlecht bestellt ist. Die Arbeiter könnten auf dieser Kamalität nur herauskommen, wenn sie am 12. Januar solche Leute in den Reichstag schickten, die auch wirklich die Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Der Vorsitzende verlas sodann die Versammlungsbesuchliste des vorigen Jahres. Die elf Versammlungen, welche stattgefunden haben, seien durchschnittlich von drei Vierteln der Mitglieder besucht gewesen. Hierauf nahm der Referent nochmals das Wort und sprach sich anerkennend aus über den regen Versammlungsbesuch und den guten Geist in der hiesigen Zahlstelle. Er wünschte, daß die Zahlstelle mit zum eisernen Bestande des Zentralverbandes werden möge. Ein Hoch auf den Verband schloß die Versammlung.

**Schnab.** Am 6. Januar tagte unsere Jahresversammlung. Der Schriftführer gab den Jahresbericht. Danach haben im verflorenen Jahre stattgefunden eine Generalversammlung, fünf Mitgliederversammlungen und zwei Vorstandssitzungen. Die Mitgliederversammlungen hatten stets einen mangelhaften Besuch aufzuweisen. Die Arbeitslegenheit war im ganzen Jahre gut. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht wurde genehmigt. Hierauf wurde der Vorstand gewählt, sowie die Revisoren, Kolporteurs und Kartelldelegierten. Kamerad Köppe wies noch auf die kommenden Reichstagswahlen hin und forderte die Kameraden auf, sich nach Möglichkeit am 12. Januar der Partei zur Verfügung zu stellen. In der letzten Versammlung war der Beschluß gefaßt worden, einmal einen gemütlichen Abend zu veranstalten und dabei ein Faß Bier aufzulegen, wozu jeder Kamerad 50 z beisteuern sollte. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde dieser Beschluß ausgeführt. Von den hierbei erzielten Ueberflüssen wurden M 5 der Partei und der Rest der Lokalkasse überwiesen.

**Wofen.** Die hiesige Zahlstelle hielt am 9. Januar ihre Generalversammlung ab. Der Kassenbericht vom vierten Quartal wurde genehmigt. Ihm folgte der Jahres- und Kassenbericht, erstattet vom Vorsitzenden und Kassierer. Die Berichte riefen eine längere Debatte hervor, nach deren Beendigung die Vorstandswahl vollzogen wurde, der sich die Wahl der Revisoren und Kartelldelegierten angeschlossen. Dann wurde noch die Abhaltung eines Winterbergnugens beschlossen mit Theateraufführung, der Eintrittspreis soll 30, das Tanzgeld 50 z betragen. Nach Verlesung der Liste der gestrichenen Mitglieder und der Präsenzliste gelangte eine Reihe minderwichtiger Sachen zur Verhandlung, worauf die Versammlung ihr Ende fand.

**Rendsburg.** Eine Mitgliederversammlung am 3. Januar im „Apolloaal“ hatte im ersten Punkt ihrer Tagesordnung die Wahl von fünf Mitgliedern zur Schlichtungskommission vorzunehmen. Ihr schloß sich die Wahl der Bezirkskassierer an. Hierauf erstattete der Vorsitzende seinen Bericht, wobei er besonders zum regelmäßigen und pünktlichen Besuch der Versammlungen ermahnte. Im allgemeinen sei der Versammlungsbesuch im verflorenen Jahre gut gewesen. Gegen den vom Kassierer erstatteten Kassenbericht wurden ebenfalls Einwendungen nicht laut, weshalb er entlastet wurde. Unter „Verschiedenes“ wurde den Parteivereinen in Rendsburg und Büdelsdorf je M 25 für die Reichstagswahl bewilligt. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Mies.** Am 6. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die nur mäßig besucht war. Die Mehrzahl der Kameraden hatte es vorgezogen, auf ihren Lorbeeren auszurufen. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer den Kassenbericht vom vierten Quartal bekannt, der

von der Versammlung genehmigt wurde. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Im dritten Punkt wurde die Vorstandswahl vollzogen, die eine längere Debatte hervorrief, da etliche vorgezeichnete Kameraden sich ablehnend verhielten. Hieran ist die Interesslosigkeit der Kameraden zu ersehen, sie möchten gern, daß es vorwärts gehen soll, aber nicht selber mit Hand anlegen. Im vierten Punkt, „Verschiedenes“, wurde ein Beschluß des Vorstandes vorgelegt: „Die Generalversammlung wolle beschließen, beim Zentralvorstand den Antrag zu stellen, den Kameraden Engelmann, der sich schon mehrere Male gegen § 21 Abs. 4 des Verbandsstatuts vergangen hat, auszuschließen.“ Beschlossen wurde, diesen Kameraden zur nächsten Vorstandssitzung zu laden und ihn über seine Handlungsweise zur Rede zu stellen. Sollte Engelmann aber wiederum durch Abwesenheit glänzen, so ist der Vorsitzende beauftragt, den Antrag auf Ausschluß beim Zentralvorstand einzureichen. Ferner wurde beschloffen, den Kameraden Trage und Glaschich mit ihren Beiträgen bis zum 14. Januar Aufschub zu geben. Sollten sie diese bis dahin nicht beglichen oder um Stundung nachgesucht haben, so sind sie wegen Schulden zu streichen. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden noch auf, am 12. Januar möge jeder seinen Mann stellen und gründliche Abrechnung mit den Volkserrätern halten.

— (Jahresbericht.) Das Jahr 1911 war auch für unsere Zahlstelle als ein gutes zu bezeichnen; machte sich doch schon im Frühjahr ein Mangel an Zimmerern bemerkbar, so daß die Nachfrage bis in den späten Herbst hinein stärker war als das Angebot, trotzdem viele Kameraden aus den angrenzenden Zahlstellen anwesend waren. Durch rege Agitation haben auch die Zimmerer des Lauchhammerwerkes den Nutzen der Organisation erkannt und sich diesen Herbst Mann für Mann der Organisation angeschlossen. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Bestand vom vorigen Jahre 106, eingetretene 37, zugereist 32, Summa 175; ausgestreute 6, gestrichen 1, gestorben 1, abgereist 19, bleibt ein Bestand am Jahreschluß von 148. Die geschäftlichen Angelegenheiten unserer Zahlstelle wurden durch 7 Mitgliederversammlungen und 11 Vorstandssitzungen geregelt. Eine Sitzung fand mit dem Arbeitgeberverband statt, § 2 des Vertrages betreffend. Zur Bekannmachung von Versammlungen wurden vom Vorsitzenden 980 Handzettel und vom Kassierer 600 Vierteljahresabrechnungen angefertigt; außerdem war noch eine reichhaltige Korrespondenz zu erledigen. Beitragsmarken wurden verkauft 5138 Stück, 761 mehr als im Vorjahre, Krankenmarken 77 Stück, 60 weniger als im Vorjahre. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich wie folgt: Bestand der Lokalkasse vom vorigen Jahre M 1916,03, Einnahme für dieses Jahr M 1409,50, Summa M 3325,53, Ausgabe M 1018,57, bleibt ein Lokalkassenbestand von M 2306,96. Arbeitslosenunterstützung wurde ausbezahlt an 74 Mitglieder für 1202 Tage zusammen M 1720,80. Reiseunterstützung an 20 Kameraden zusammen M 19,25.

**Rudolfsdt.** Die am 7. Januar im „Gambrius“ zu Rudolfsdt abgehaltene Generalversammlung war trotz des sehr schlechten Wetters sehr gut besucht. Nachdem Kassen- und Jahresbericht entgegengenommen waren, wurde ein früher langjähriges Mitglied, das in der Aussperrung 1910 abgefallen war, nach längerer Debatte gegen ein Eintrittsgeld von M 20 wieder aufgenommen. Bei der dann folgenden Neuwahl der Ortsverwaltung wurden die alten Vorstandsmitglieder wieder- und der Schriftführer neu gewählt. Ein äußerst wichtiger Beschluß der Generalversammlung ist der, die uns noch fernstehenden vier Zimmerer in Rudolfsdt und Umgegend schriftlich aufzufordern, ihre nun doch längst notwendige Anmeldung im Zentralverband zu bewirken. Den Schluß der Versammlung bildete eine nochmalige Anweisung des Vorsitzenden über das Verhalten bei Arbeitslosigkeit.

**Saknib.** Unsere Mitgliederversammlung am 10. Dezember hatte die Vorstandswahl zu erledigen und die Festsetzung der Entschädigung für die Funktionäre. Beide Punkte wurden glatt geregelt. Ein Antrag, der Gauleiter solle bei den Sagarer Unternehmern wegen Anerkennung des Lohntarifs vorstellig werden, wurde angenommen. Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung erfolgt bei Max Nagelmacher in Saknib, Kirchhoffstraße.

**Tisfit.** Am 7. Januar fand im Lokale von Präslaf unsere Mitgliederversammlung statt, die von 20 Mann besucht war. Sie befaßte sich vorwiegend mit der Ausbreitung unserer Organisation. Nach einem kurzen Referat des Vorsitzenden über die Hausagitation erklärten sich einige Kameraden bereit, sich der Arbeit zu unterziehen. Debon, daß einige Mitglieder unter dem festgesetzten Lohn arbeiten, soll dem Gauleiter Mitteilung gemacht werden. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden minder wichtige Dinge erledigt.

**Treptow a. d. Rega.** In der Versammlung am 8. Januar waren 17 Mitglieder anwesend. Nachdem die Vorstandswahl erledigt war, machte der Vorsitzende längere Ausführungen über den Platz von Max Viered. Obwohl der Unternehmer Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes ist, haben die dort beschäftigten Zimmerer die Notwendigkeit der Organisation nicht einzusehen vermocht. Ferner wurde noch beschloffen, daß sich die Zureisenden vor dem Umfahen nach Arbeit bei dem Vorsitzenden oder Kassierer der Zahlstelle melden sollen. Der Vorsitzende machte auch noch auf die regelmäßige Entrichtung der Beiträge aufmerksam; wir näherten uns dem Jahre 1913 und da müsse jeder auf pünktlichste Pflichterfüllung bedacht sein. Ein Hoch auf den Zentralverband schloß die Versammlung.

**Wetzen.** Am 8. Januar fand unsere Generalversammlung in Form einer Quartalsfeier statt. Der Besuch hätte ein besserer sein können, es waren von 97 Kameraden nur 59 erschienen. Der ungenügende Besuch dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Quartalsfeier 1910 durch Versammlungsbeschluß aufgehoben und die Monatsversammlung zu einer Generalversammlung umgeändert war. In diesem Jahre wurde nun wieder Quartal gefeiert, da aber eine Bekanntmachung weder im „Zimmerer“ noch sonst in einem Blatt erfolgt war, ist es zu verstehen, daß viele, besonders auswärtige Kameraden, nicht erschienen waren. Anwesend war auch der Gauleiter Walter, der im vorigen Jahre auch an zwei Versammlungen teilnahm. Nachdem der Jahresbericht der Zimmererkassiererkasse geregelt und der Vorstand gewählt war, schritt man zum

**Punkt „Verbandsangelegenheiten“.** Es fanden insgesamt elf regelmäßige Mitglieder-, zwei Extraverfassungen und eine Generalversammlung statt. Hierauf wurde der Vorstand gewählt. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, das Hilfskassiersystem beizubehalten. Die Rechnungsablage konnte nicht gegeben werden, weil unser Kassierer trotz zweimaliger Aufforderung seitens des Gauleiters die Abrechnung nicht fertiggestellt hatte. Eine an dem nämlichen Abend vorgenommene Revision ließ eine genaue Uebersicht noch nicht gewinnen. Es wurde beschlossen, eine nochmalige Revision vorzunehmen, die sich auf das Jahr 1911 erstrecken und zu der auch die Hilfsrevisoren zugezogen werden sollen. Die Zentralkasse soll das, was sie aus dem Jahre 1911 zu fordern hat, erhalten; auf das, was weiter zurückliegt, soll nicht eingegangen werden.

**Ulm.** Am 31. Dezember fand unsere diesjährige Generalversammlung in „Hohentwiel“ statt. In derselben mußte unter anderem auch zu dem unfolgenden Berechnen einzelner Kameraden auf der Baustelle Donaubrücke Stellung genommen werden. Wann werden die Kameraden endlich einmal einsehen, auf welcher Seite sie den Feind zu suchen haben? Es ergeht deshalb an die Kameraden die dringende Mahnung, Kameradschaftlichkeit, Solidarität und Friedfertigkeit in Zukunft zur Grundlage ihres Handelns zu machen. Kameraden! Noch ein Jahr trennt uns von dem großen wirtschaftlichen Kampfe, der über uns hereinzubrechen droht. Eine Massenauspeerrung sämtlicher Bauarbeiter steht im Jahre 1913 zu erwarten. Drohend wälzt sich uns diese Katastrophe wie ein heraufziehendes Ungewitter entgegen. Kameraden! Da gilt es zu rüsten! Alle Kräfte müssen angespannt werden, um gegen die Bestrebungen der vereinigten Ausbeuter anzukämpfen. Jetzt gilt es zu arbeiten und zu agitieren, keiner darf zurückweichen. Jetzt erschallt der Ruf: „Freiwillige vor!“ Auch wir in Ulm müssen unsern Mann stellen. Mit neuem Mut und neuer Hoffnung geht es in den Kampf; das neue Jahr muß uns Erfolge bringen, wenn jeder seine Pflicht erfüllt. Derum auf zur Ausbreitung unserer Organisation.

**Werklingen.** Den Bemühungen der Helmstedter Kameraden war es in den Sommermonaten möglich gewesen, hier eine Anzahl Kameraden dem Verbandsbezug zuführen. Diese waren bis dahin der Zahlstelle Helmstedt als Bezirk angeschlossen. Nachdem der größte Teil der hier für die Organisation in Frage kommenden Kameraden dem Verbandsbezug beigetreten war, wurde auch der Wunsch rege, eine selbständige Zahlstelle zu bilden. Wirtschaftlich sind beide Orte voneinander unabhängig und war es bis dahin mit großen Schwierigkeiten verknüpft, miteinander in Verbindung zu bleiben. Eine am 3. Januar stattgefundene Versammlung, zu der außer allen Kameraden auch der Gauleiter Bergmann erschienen war, beschloß sich daher mit der Gründung einer Zahlstelle. Nach einem Referat des Gauleiters wurde dann einstimmig beschlossen, die Neugründung vorzunehmen und auch gleich die Wahl des Vorjandes vollzogen. Der Beitrag in den zwölf Winterwochen wurde auf 20 s pro Woche festgesetzt und soll jedes Mitglied für zwölf Wochen Beiträge aufweisen können. Des weiteren beschloß sich die Zahlstelle mit der Agitation in der Umgegend. Hier wurden durch den Gauleiter die in Betracht kommenden Orte festgestellt, worauf sich dann einige Kameraden bereit erklärten, beim Eintritt besseren Weiters die notwendige Agitation zu betreiben. Nachdem der regelmäßige Versammlungstag auf jeden ersten Sonnabend im Monat festgesetzt war, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Zittau.** Die Generalversammlung unserer Zahlstelle fand am 5. Januar statt und war von 54 Mitgliedern besucht. Da der Kassierer erkrankt war, wurde die Abrechnung vom Vorsitzenden bekanntgegeben. Entlastung konnte nicht erteilt werden, da die Revisoren nicht anwesend waren. Der Vorsitzende gab dann einen Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. Insgesamt haben 33 Versammlungen stattgefunden, und zwar 8 in Zittau, 4 in Ostritz, 4 in Oberwitz, 4 in Seiffhennersdorf, 4 in Großschönau, 3 in Hirschfelde, 1 in Oberseiffhennersdorf, 1 in Hörnitz und außerdem 4 Platzversammlungen in Zittau. Vorstandssitzungen wurden elf abgehalten. Der Berichterstatter behandelte weiter die Tätigkeit des Vorstandes, die Agitation, die Lohnbewegung, die Statistik usw. In der Debatte wurde der Erfolg der Agitation bemängelt und ferner die Nichtbeachtung der tariflichen Arbeitszeit bei der Firma Hennig. Hierzu bemerkte der Vorsitzende, daß er sein möglichstes getan habe, doch sei mit den in Frage kommenden Kameraden, die alle gut organisiert sein wollen, nichts anzufangen. Es wurde die Ansicht laut, die Firma einfach zu sperren, doch fand sie nicht genügende Unterstützung. Eine rege Debatte entspann sich noch über den Polierbund, in deren Verlauf wiederholt bemerkt wurde, daß in manchen Geschäften die Poliere rigorosere vorgingen als die Arbeitgeber selber. Hierauf wurde die Vorstandswahl vollzogen. Zum Schluß befaßte sich die Versammlung noch mit dem Beitrag zum Volkshaus, der von einigen Kameraden noch immer nicht beglichen ist. Es wurde beschlossen, daß der Beitrag von M 2 bis 1. Mai dieses Jahres von sämtlichen Kameraden bezahlt sein muß. Einem Kameraden, der eine sehr harte Familie hat, wurde der Beitrag erlassen.



**Baugewerbliches.**

**Risiko der Bauarbeiter.** Aus Göd-Sen (Klein-Aien) wird uns geschrieben: Hier hat sich am 2. Januar ein schwerer Unglücksfall ereignet, der drei Kameraden das Leben kostete. Bei der hier im Dezember vorigen Jahres durchbrochenen Talperre sind schon seit Mitte November eine Anzahl Zimmerer der Firma Holzmann & Co., Sitz Frankfurt a. M., mit dem Namen eines Notdammes und dem Schlagen von Notbrücken beschäftigt. Am 28. Dezember trat Regenwetter ein, wodurch der Bach sehr bald zu einem reißenden Gebirgsstrom anschwellte. Das Wasser stieg so rapid, daß sich die Brücken als zu niedrig erwiesen und die Zimmerleute am 2. Januar abends, den Auftrag

erhielten, auf einem bereits wiederholt benutzten Gerüst eine Verbindung zwischen beiden Ufern herzustellen. Beim Transport eines Längsbaumes brachen dann plötzlich eine Brücke, die zwei 3,50 m auseinanderstehende Pfähle verband, und ein Streichbaum. Hierdurch geriet der Bohlenbelag ins Kutschen und vier Kameraden stürzten in die Fluten. Einer vermochte sich an der durchbrochenen Bohle zu halten und konnte gerettet werden; die andern drei fanden ihren Tod in den Fluten. Ihre Leichen wurden am nächsten beziehungsweise übernächsten Tag gefunden und am 5. respektive 6. Januar in Konstantinopel beerdigt.

**Neubau- und Gerüsteinstürze.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 12. Januar in Düsseldorf an einem Neubau in der Dorfstraße. Von dem bis zum dritten Geschos fertiggestellten Bau stürzte ein mit der Mitte nach der Straßenfront zu gelegener Teil ein, wobei sechs Arbeiter mit heruntergerissen beziehungsweise von den herunterstürzenden Massen verdrängt wurden. Alle sechs sind schwer verletzt. Sie haben Kopfverletzungen, Arm- und Beinbrüche, teilweise auch innere Verletzungen davongetragen. Der verunglückte Arbeiter Genick ist kurze Zeit nach seiner Einlieferung in das Marienhospital gestorben. Ein anderer Arbeiter schwebt in Lebensgefahr. Die übrigen vier Verletzten hoffen man, trotzdem auch sie als Schwerverletzte zu bezeichnen sind, am Leben erhalten zu können. Ueber die Ursache des Unglücksfalles läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Es wird angenommen, daß das abwechselnde Regen- und Frostwetter der letzten Tage sehr ungünstig auf den Bau eingewirkt hat. Das Bauwerk war, wie schon erwähnt, bis zum dritten Obergeschos vollendet. Das Dach fehlte noch, so daß der Regen ungehindert in das Mauerwerk eindringen konnte. Näheres über die Ursache wird die eingeleitete Untersuchung ergeben müssen.

**Gewerkchaftliche Rundschau.**

**Ueber Th. Bömelburg, den Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes,** der bereits seit Jahresfrist krankheitshalber seine Funktionen nicht ausüben konnte, schreibt der „Grundstein“ in seiner vorigen Nummer:

Nach weiteren Gutachten des Direktoriums der Jenaer Nervenklinik muß eine Befundung des Verbandsvorsitzenden als ausgeschlossen gelten. Eine weitere Behandlung in der Klinik wurde als zwecklos erklärt. Der Verbandsvorstand hat daraufhin in der vorigen Woche den Kollegen Bömelburg nach Hamburg überführt und ihn vorläufig in einem Krankenhaus untergebracht. Ob er dort bleiben kann oder welche weiteren Maßnahmen notwendig sind, ist noch nicht zu übersehen.

Das Gutachten des Geheimrats Binswanger lautet wie folgt:

Herr Theodor Bömelburg, Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, befindet sich seit dem 3. Oktober 1911 in der Nervenklinik der hiesigen Klinik. Er leidet an einer schweren organischen Erkrankung des Gehirns und Rückenmarkes, die bereits zu dauernden schweren geistigen Störungen geführt hat. Selbst wenn in dem Leiden ein längerer Stillstand (Remission) eintreten sollte, so wird ein dauernder geistiger Defekt bestehen bleiben, welcher Herrn Bömelburg unfähig macht, seine frühere Tätigkeit jemals wieder aufzunehmen.

Der Direktor der psychiatrischen Klinik (Stempel der Klinik.) Binswanger.

**Die siegreiche Beendigung der Tabakarbeiterauspeerrung.** Der große Kampf, der die Tabakarbeiter Deutschlands ein Vierteljahr lang in Spannung erhielt und dessen Verlauf auch sonst in der gesamten deutschen Arbeiterschaft lebhaftes Interesse verursachte, hat nunmehr mit dem Siege der Tabakarbeiter sein Ende gefunden. Auf 108 Sorten erhielten die Zigarrenmacher Lohnzulagen von 25 s bis M 1 pro Tausend, verschiedene andere, die Arbeit erleichternde Zugeständnisse wurden gemacht, und auch die Sortierer erhielten Zulagen bis zu 40 s pro Tausend. Die Arbeiter der ursprünglich bestreikten Firmen erklärten nach diesen Zugeständnissen den Streik für aufgehoben, und damit war die Bahn frei zum allgemeinen Frieden. Am 8. dieses Monats beschlossen dann die Fabrikanten, am 9. die Christen und am 10. die beiden freigewerkschaftlichen Verbände, auf folgender Grundlage den Kampf zu beenden:

1. Sobald die Arbeiterorganisationen die schwebenden Streiks einschließlich der Sympathiestreiks für beendet erklären, heben gleichzeitig der Westfälische Zigarrenfabrikantenverband und die in Betracht kommenden Arbeitgeberverbände die Auspeerrung auf.
2. Die bestreikten Firmen halten die bisherigen Zugeständnisse aufrecht und werden sie loyal erfüllen.
3. Nach Beendigung der Auspeerrung und nach Wiederaufnahme der Arbeiten wird der Westfälische Zigarrenfabrikantenverband seinen Mitgliedern empfehlen, freiwillig in den einzelnen Betrieben seines Bezirks in eine Revidierung der Löhne zu Anfang des kommenden Frühjahrs einzutreten.
4. Nach Beendigung der Streiks und nach Aufhebung der Auspeerrungen werden Maßregelungen nicht beabsichtigt. Bis zum 1. Mai 1912 sollen die Fabrikanten keine fremden Arbeiter in einem ihrer Betriebe einstellen, bevor ihre im Streik oder in Auspeerrung geweienen Arbeiter dieses Betriebes nicht eingestellt sind, soweit diese nicht inzwischen anderweit Arbeit gefunden haben.
5. Die Fabrikanten sichern den Arbeitern, die von ihnen nicht wieder eingestellt worden sind, volle Freizügigkeit zu.
6. Der Westfälische Zigarrenfabrikantenverband ist von den Hamburger, Bremer und Burgdamer Vereinen ermächtigt, deren Zusage zum ersten, vierten und fünften Punkt zu erklären.

Außerdem werden sechs andern, zum Teil sehr großen Firmen, bei denen vor der Auspeerrung Forderungen gestellt waren, es jedoch noch nicht zur Kündigung oder zum Streik gekommen war, diese Differenzen mit den Arbeitern geregelt.

Zwar hat der Kampf 13 Wochen lang gedauert, die Blothor und Lemgoer waren sogar 15 Wochen im Kampf, aber es war auch nötig, den Unternehmern der Tabak-

industrie einmal zu zeigen, daß auch die armen, furchtbar ausgebeuteten Tabakarbeiter nicht mit sich spaßen lassen, und daß ihre Organisation ein Fels ist, an dem noch manches Scharfmacherschiff zerbrechen wird.

**Literarisches.**

Das am 10. Januar im Stuttgarter Schauspielhaus mit starkem Erfolg aufgeführte Drama von Otto Krille: **Anna Barentzin**, ist im Verlage von Joh. Sassenbach, Berlin 16, Engelauer 15, als Buch erschienen. Der Preis beträgt M. 1,50.

**Briefkasten der Redaktion.**

\* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei.

**Crefeld, S. Sch.** Eure Versammlungen können erst dann im „Versammlungsanzeiger“ bekanntgegeben werden, wenn wir wissen, wenn sie stattfinden. Bis jetzt ist uns eine Mitteilung darüber noch nicht zugegangen.

**Bekanntmachungen**

der **Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer** (E. S. Nr. 2 in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. Et. Postadresse: Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer, Hamburg 22.

Vom 2. Dezember 1911 bis 2. Januar 1912 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Altverez M. 85, Alt-Glienide 140, Alt-Globow 80,31, Alt-Schadow 220, Arnstadt 100, Barmen 80, Belgiz 43, Berlin VIII 400, Birkenwerder 190, Bückingen 100, Bornstedt 200, Brandenburg 250, Braunschweig 500, Bremen 200, Briesen 60, Brühl 100, Brunsbüttel 120, Brunsbüttel 90, Budow 68,42, Burg 200, Calden 130, Cammer 188, Cammin 75, Celle 200, Chemnitz 100, Cöln 300, Cöpenick 100, Dahlen 55, Danzig 150, Deutsch-Lissa 70, Dockenhuden 200, Dresden I 500, Duisburg 100, Durlach 100, Erfurt 200, Ernter 150, Essen 100, Frankfurt a. M. 175, Fürstengrund 125, Fürstenwalde 100, Genshmar 100, Gera 100, Gölitz 250, Großenritte 100, Groß-Dichtersfelde 280, Groß-Fschachwitz 70, Gurzhan 100, Halle 200, Hamburg 515,40, Hamburg-Barmbeck II 394,40, Hamburg-Eppendorf 300, Hammer 180, Hannover 300, Hannover-Linden 75, Harburg 300, Hansberge 85, Heidelberg 80, Heilbronn 200, Heselungen 100, Hermannsburg 180, Hildesheim 70, Hirschberg 350, Holtzenau 150, Hundsfeld 246,12, Kall 80, Kempten 75, Kiel 200, Klein-Glienide 100, Königswusterhausen 80, Krozingen 78,66, Langenbielau 200, Lützen 120, Leipzig I 100, Leipzig III 200, Lübeck 300, Maßlisdorf 150, Mannheim 150, Mariendorf 180, Marköbel 140, Meissen 200, Mülisch 150, Mülheim a. Rh. 70, München 500, Nauen 180, Neu-Anspach 85, Neulohr 100, Neuruppin 150, Nieder-Schönhausen 160, Nordenham 80, Nowawes 150, Rürterg 150, Ober-Schöneweide 150, Ohlau 100, Oranienburg 180, Penzig 100, Pirna 160, Posen 700, Potsdam 200, Raftenburg 100, Raheburg 120, Reichenhall 50, Reinickendorf 100, Rhäsa 40, Rixdorf 600, Rothemühl 50, Sachwitz 70, Samter 72,26, Schöneberg 400, Schweinfurt 76,38, Steinbek 150, Stettin 300, Sulingen 60, Tegel 200, Tilsit 80, Wandlitz 40, Wandsbek 200, Wankendorf 50,94, Warin 64, Wattenscheid 79,48, Wehrden 18,50, Weimar 200, Weimbölla 50, Wilhelmshagen 100, Wilmersdorf 197,50, Wildbruff 70, Windecken 100, Winsen 140, Worbis 45, Worms 42,24, Zellin 80, Zwenkau 50. Summa M. 21 295,61.

Zuschuß erhielten vom 2. Dezember 1911 bis 2. Januar 1912 die örtlichen Verwaltungen: Aiblingen M. 50, Augsburg 100, Baugen 70, Berlin III 800, Berlin VII 800, Bückingen 200, Bredow 120, Brelingen 100, Briege 150, Bunzlau 100, Culmsee 100, Doberan 150, Enkheim 70, Cutin 70, Festenberg 100, Freiburg 150, Friedrichshagen 100, Gelsenkirchen 60, Göttingen 100, Hagenow 40, Hamburg-Barmbeck I 117,50, Hamburg-Barmbeck II 527,50, Hamburg-Gimsbüttel 37,50, Hamburg-Eppendorf 37,50, Hamburg-Fuhlsbüttel 50, Heidingsfeld 150, Helmstedt 80, Jena 90, Jüterbog 80, Kaiserslautern 40, Kalkberge 80, Königsberg 100, Königsstein 50, Lohr 40, Leipzig I 100, Malchin 120, Marienwerder 50, Mellnau 395, Wieg 100, Mölln 100, Mülhausen 50, Niendorf 30, Oetisheim 50, Osnabrück 100, Pforzheim 150, Pirmasens 100, Pliezhausen 80, Pödejuch 50, Pöthig 80, Rudolstadt 100, Schönebeck 75, Schönlanke 150, Stargard 75, Steegen 180, Storkow 200, Tessin 100, Wedel 150, Weil im Dorf 30, Weisensee 170, Wiesbaden 60, Würzburg 250, Zellin 80. Summa M. 8095.

Ausgeschlossen auf Grund des § 15 Abs. 2 Ziffer 3 des Statuts ist 17 445 Otto Hedde in Samter; auf Grund des § 15 Abs. 4: 4997 (14 235, 15 378), 1. Kl., Max Staats, geboren 28. Januar 1881 in Labischin.

Die im Deutschen Reichstag zur Annahme gelangte Reichsversicherungsordnung hat in weiten Kreisen unserer Kassenmitglieder ernste Besorgnis um die Zukunft der Kasse hervorgerufen. Unbetroffen bleibt durch die Reichsversicherungsordnung und durch die Aufhebung des Hilfskassengesetzes die Stellung der Hilfskassen sehr erschwert werden; es ist jedoch unrichtig, daß nunmehr die Hilfskassen von der Bildfläche verschwinden müßten.

Der Vorstand ist vielmehr der Ansicht, daß die Kasse den Mitgliedern erhalten werden kann und erhalten werden muß, und zwar als Ersatzkasse. Diese Ansicht ist durch die inzwischen ziemlich vollständig eingegangenen Fragebogen durch die weitaus größte Mehrzahl der Mitglieder auch bestätigt worden, nicht etwa als Zuschußkasse, da es unsere Aufgabe nicht sein kann, die Mitglieder mit Gewalt in die Orts-, Betriebs- oder Innungskassen hineinzudrängen, namentlich die letzteren werden wie Pilze aus der Erde schießen, da diese an eine Mitgliederzahl nicht gebunden sind.

Wenn zum Beispiel die Generalversammlung der Zentralkrankenkasse der Maurer „Grundstein zur Einigkeit“

beschlossen hat, ihre Kasse in eine Zuschußkasse umzuwandeln, so liegt dieses darin begründet, daß sie den Wirkungskreis ihrer Kasse durch die Aufnahme von Bauarbeitern erweitern will und dieses nach der Reichsversicherungsordnung für eine Ersatzkasse nicht zulässig ist.

Dem Anscheine nach werden die Neuerungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung vor Schluß des Jahres 1912 nicht in Kraft treten. Der Vorstand wird die Vorgänge auf diesem Gebiete aufmerksam verfolgen, und wenn erforderlich, durch rechtzeitige Einberufung der Generalversammlung die Ueberleitung in den neuen gesetzlichen Zustand veranlassen. Die Mitglieder mögen unbesorgt in die Zukunft blicken und wie bisher auch fernerhin der Kasse ihr Interesse zuwenden. Die Mitglieder können mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Kasse auch unter den neuen gesetzlichen Bestimmungen ihre bisherige segensreiche Tätigkeit fortzusetzen imstande sein wird.

Leider kann an eine Herabsetzung der Beiträge vorläufig nicht gedacht werden, da die wirtschaftlichen Verhältnisse sich in keiner Weise gebessert und ein großer Teil Mitglieder trotz wiederholter Mahnung mit ihren Beiträgen im Rückstande sind.

Nach ungefähre Berechnung sollen von den in Deutschland existierenden 28 500 Krankenkassen circa 18 500 Kassen die Mindestzahl von 250 resp. 1000 Mitgliedern nicht erreichen, demnach der Auflösung verfallen. Unter diesen Kassen werden sich auch noch manche kleine Zimmererkassen befinden; es muß daher Aufgabe unserer Mitglieder sein, soweit sie noch Mitglied derartiger kleiner Kassen sind, dafür zu sorgen, daß diese sich an die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer anschließen. Ob die Zentralkasse sich später in eine Zuschußkasse umwandeln wird, wird wesentlich davon abhängen, ob die große Mehrzahl für eine Doppelversicherung zugänglich ist. Erst dann, wenn der größte Teil der Mitglieder auch Mitglied einer Ortskrankenkasse ist, was bis jetzt nicht der Fall, sind die Bedingungen für eine Zuschußkasse geschaffen. Es wird den Anhängern der Zuschußkasse auch wohl zukünftig insoweit schon Rechnung getragen werden, daß denselben, sofern sie Mitglied einer Pflichtkasse und von dieser ärztliche Behandlung und Medikamente beziehen, das Krankengeld in der fünften Klasse um die Hälfte erhöht wird.

Das Krankengeld soll voraussichtlich auf M 18 in der ersten Klasse, M 15 zweiten Klasse, M 12 dritten Klasse, M 9 vierten Klasse und M 6 fünften Klasse erhöht werden, vorausgesetzt daß die Generalversammlung diesem Antrag zustimmt. Die erste Klasse muß schon auf M 18 erhöht werden, weil die Ortskrankenkassen den Grundlohn auf M 6 für die höchste Klasse festsetzen können und demnach die Hälfte hiervon, M 3, als Krankengeld gewährt werden muß.

Als Kuriosum ist zu bezeichnen, daß verschiedene Ortskassen gar nicht die Zeit abwarten können, um den Drittelbeitrag von den Arbeitgebern einzuheben, ohne hierfür etwas zu leisten, und in Lichtenberg wollen sogar einige Arbeitgeber den Drittelbeitrag von den Arbeitnehmern wieder einziehen. Solange die Reichsversicherungsordnung noch nicht in Kraft getreten, sind die Ortskrankenkassen nicht berechtigt, einen Drittelbeitrag von den Arbeitgebern einzuziehen, noch viel weniger sind die Arbeitgeber berechtigt, einen Drittelbeitrag ihren Arbeitnehmern in Abzug zu bringen.

Die den Ortsverwaltungen zugesandten Protokolle von dem Krankenkassen- sowie Hilfskassenkongreß sind den Mitgliedern in den Versammlungen zur Kenntnis zu bringen.

Der Vorstand.

### Abrechnung

von

### Agitations- und Unterstützungs-Fonds

der

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(G. S. Nr. 2 in Hamburg)

vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1911.

Einnahme.

Kassenbestand am 1. Oktober 1911 M. 4205,18, Nachen —,60, Altbamm —,60, Altenburg 3,80, Altenvers 2,50, Arnstadt —,40, Augsburg 5,20, Bausen —,20, Beck 1, Berlin 48,40, Bielefeld 3, Blankenburg —,20, Boizenburg —,50, Bötzingen —,80, Bornstedt 2,80, Brelingen —,40, Bremen —,70, Breslau 1,10, Briesen —,10, Bromberg 1,80, Brunsbüttel —,30, Bunsau 3,80, Cammer 1,70, Cassel 3, Celle 2,80, Charlottenburg 2,10, Chemnitz 1,30, Cöpenick 2,60, Culmburg —,50, Dahlen —,10, Danzig —,20, Deutsch-Wissa 3,70, Doberan 1,70, Döckenhuden 1,50, Dortmund 1,30, Dresden I 3,60, Dresden II 3,10, Dresden III 1, Durlach 1, Düsseldorf 2,20, Ebing 1,20, Erfurt 3,80, Essen 1,30, Feitenberg 1,50, Flensburg 5,80, Frankfurt a. M. 1,50, Freiburg 6, Friedrichshagen 1, Fürstengrund —,50, Fürstenwalde —,90, Geesee 1,30, Geesthacht 1,90, Gelsenkirchen —,40, Glonow 1,20, Göppingen —,50, Görlitz 4,10, Groß-Flottbek —,30, Groß-Hartau —,30, Groß-Schachwitz 1,40, Güstrow 3,70, Gurhagen 1,60, Hagenow 1,30, Hamburg 8,80, Hamburg-Barmbeck I 4,10, Hamburg-Barmbeck II 6,80, Hamburg-Gimsbüttel 2, Hamburg-Eppendorf —,80, Hamburg-Fuhlsbüttel —,40, Hameln —,90, Hanau 1,40, Heilbronn 3, Helmstedt —,50, Hildesheim 1, Hohenselma —,50, Jüterbog 1,30, Kalk —,70, Kalkberge 3,80, Kiel 1,30, Kolmar i. Pf. —,90, Kollzig —,50, Königsberg 2,20, Kößschenbroda —,30, Langensielau 3,60, Lauenburg 1,40, Leipzig I 3,80, Lichtenberg 1,90, Lübeck 6,40, Ludowigshagen —,80, Ludowigshafen 1, Lüben 2,10, Magdeburg 2,40, Mahlsdorf —,40, Mannheim 3,20, Mariendorf —,80, Marföbel 3, Meiningen 5, Meisen 2,10, Mellnau 1,10, Memel 1,30, Mühlheim i. Bad. —,30, München 22, Münster i. W. —,30, Nieder-Schönhausen —,60, Nienorf —,20, Nordenham 1,90, Nürnberg 1,90, Ober-Schöneweide 1, Osterheim 1, Ohlau 3,30, Pforzheim 1,20, Pirmasens —,70, Pirna 1,60, Posen 4,70, Pringlaff —,10, Raffenburg 1,90, Rastenburg 1,50, Reichenhall —,90, Reichenbach 2,80, Reintsdorf —,30, Rendsburg 1,90, Rothens-

burg 1, Rudolfsstadt 1,20, Ruhrort —,50, Rummelsburg 1,80, Saarbrücken 2,50, Sachwitz —,70, Salungen —,20, Samter —,10, Schönebeck 2, Schöneberg 7,10, Segeberg —,50, Speyer —,60, Staffurt —,40, Stettin 9,80, Stuttgart 8,10, Sulingen 1,40, Tilsit —,50, Untertürkheim —,20, Velten —,20, Wannsee —,50, Warin —,50, Wedel 5,60, Wehrden 3,90, Weimar —,50, Weinböhla —,50, Weipensee —,30, Wilhelmsburg —,90, Wilmersdorf 3, Wisdruff 1,10, Witten —,40, Witsen 1,40, Wittberg —,90, Würzburg 2,50, Zeitz —,50. Ohne Abrechnung eingegangen: Birkenwerder M. 2, Calben 1, Cammer 2, Cassel 3, Cöpenick 4,40, Duisburg 3, Einzelzahler 12,50, Groß-Neuheim 7,30, Halle 5, Hamburg-Barmbeck II 5,60, Hirschberg 8,80, Klein-Ottensende 3,50, Lehnitz 2,80, Marföbel 3,20, Meiseritz 2,60, Nordenham 2,50, Penzig —,80, Rhäsa 2,30, Schröck 10, Schwerin 10,80, Steglitz 10,80, Stettin 9,80, Wilmersdorf 2,50, Worbis —,20. Summa M. 4666,88.

Ausgabe.

Für Agitation M. 5, Kirbis-Berlin 25, Frau Zerge-Vochum 42, Ganzer-Bornstedt 5, Schorfch-Bredow 5, Frau Jurkewitz Wwe.-Ebing 45, Frau Ranser-Freiburg 25, Knabe-Graubenz 5, Frau Daack-Hamburg-Barmbeck I 25, Frau Weisenberger-Hamburg-Barmbeck II 16, Frau Weigandt-Hamburg-Barmbeck II 17, Weigandt-Hamburg-Barmbeck II 31, Mittelndorf-Hamburg-Barmbeck II 10, Mund-Hamburg-Barmbeck II 30, Meyer-Hamburg-Eppendorf 10, Senn-Krozingen 10, Ruhel-Leipzig I 134,25, Szigat-Lichtenberg 25, Siedeberg-Memel 34, Sicheneder-München 25, Frau Hapte Wwe.-Kowawes 10, Rindfleisch-Ohlau 4, Vogner-Reichenhall 10, Puhl-Nirdorf 10, Staune-Rixdorf 10, Schönbeck-Rixdorf 20, Wilhelm-Schröck 25, Kraack-Schwerin 5, Schwaberon-Schwerin 5, Frau Klafack Wwe.-Warin 25, Porto laut Buch 7,97, Kassenbestand am 1. Januar 1912 4010,66. Summa M. 4666,88.

Revidiert und richtig befunden durch

Wilh. Baabe.

### Versammlungsanzeiger.

Dienstag, den 23. Januar:

Emden: Abends 8½ Uhr im Hotel „Bellevue“.

Mittwoch, den 24. Januar:

Mülheim a. d. Ruhr: Bei Hollenberg, Dickswall 10.

Donnerstag, den 25. Januar:

Schneidemühl: Im Café „Bestend“, Berliner Straße.

Sonntag, den 27. Januar:

Castro: Abends 8 Uhr bei Fritz Schlichter, Kriegerdenkmalstr. 26. — Dortmund, Bezirk Unna: Abends 8 Uhr bei Goh, Fingelstraße; Bezirk Schwerte: Abends 8 Uhr in der „Reichstrone“. — Sadersleben: Abends 8 Uhr in der Zentralherberge, Gostierstr. 731. — Konstanz: Abends 8½ Uhr im Gasthaus „Helvetia“. — Leer i. Ostf.: Abends 8½ Uhr bei Bernhard Fischer, Wördestraße. — Mülhausen i. Elsf.: Abends 8 Uhr bei Weinzorn, Dornacher Straße 6. — Nienburg a. d. W.: Im Verkehrslokale von Hirlemann. — Rudolfsstadt: Nach Feierabend im „Cambrinus“. — Wolgast: Abends 8 Uhr.

Sonntag, den 28. Januar:

Arnswalde: Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Löwen“. — Bergen b. Celle, Bezirk Hermannsburg: Nachm. 2½ Uhr bei Nolle. — Bielefeld: Vorm. 9½ Uhr in der „Zentralhalle“, Kaiser-Wilhelm-Platz. — Bochum: Vorm. 10 Uhr bei Krenzel, Mollteplatz. — Burg a. Fehmarn: Nachm. 3 Uhr beim Gastwirt Höppler. — Calbe a. d. Saale: Nachm. 3 Uhr im Lokal von Helbig, Grabenstraße. — Cöln, Bezirk Kalk: Vorm. 10½ Uhr bei Ried, Viktorstr. 70. — Dortmund, Bezirk Lünen: Vorm. 10 Uhr im „Goldenen Löwen“. — Friedland i. M.: Nachm. 4 Uhr beim Gastwirt Hein Farden jun., Anlamer Straße 8. — Gamm i. Westf.: Bei Sigmund Braun, Königsstr. 34. — Langelsheim a. S. — Meß: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Deutsche Straße 7. — Oberhausen: Vorm. 10 Uhr im Lokale „Zur deutschen Bierhalle“, Gde Grenz- und Friedensstraße. — Segeberg: Nachm. 4 Uhr im Hotel „International“.

### Anzeigen.

Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebracht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung an den Zentralvorstand einzufenden. Die Beträge sind nicht durch Postanweisung, sondern durch das Postfachamt Hamburg 11 zu überweisen unter folgender Adresse: „Zur Gutschrift auf das Konto Nr. 3330 des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Hamburg, bei dem Postfachamt in Hamburg 11.“ Zahlkarten sind bei jeder Postankunft unentgeltlich zu beziehen.

### Godesanzeige.

Am 2. Januar verstarben infolge eines Unglücksfalles in G d d - Sen (Kleinasien) die fremden Zimmerer

**Johannes Koch**

aus Sadersleben im Alter von 20 Jahren.

**Hugo Petersen**

aus Kopenhagen im Alter von 28 Jahren.

**Joseph Schlegel**

aus Buch i. Bayern im Alter von 20 Jahren.

Alle drei fanden ihren Tod in den Gewässern Kleinasien; es war ihnen nicht vergönnt, ihre ferne Heimat wiederzusehen.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen

Die fremden Zimmerer zu G d d - Sen (Kleinasien).

[M. 7,20]

**Nachruf.**  
Am 13. Januar starb plötzlich unser treuer Kamerad  
**Stefan Jäkel**  
im Alter von 60 Jahren. [M. 3,60]  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kameraden  
der Zahlstelle Seidenberg i. d. O.-L.

**Nachruf.**  
Am 28. Dezember 1911 entriß uns der Tod unsern treuen Kameraden, dem freundlichen Zimmerer  
**Richard Fiedel**  
aus Breslau. Im Alter von 27 Jahren wurde er durch die Cholera der langen Reihe der Opfer der Bagdadbahn angegeschlossen.  
Es werden ihn nie vergessen  
Die fremden Zimmerer zu Adana (Kleinasien).  
[M. 4,50]

**Zahlstelle Wolfenbüttel.**  
Sonnabend, 27. Januar, abends 8½ Uhr:  
**Generalversammlung**  
im „Gasthof zur Tanne“.  
Tagesordnung: 1. Kassenbericht für 1911. 2. Neuwahlen des Gesamtvorstandes. 3. Gewerkschaftliches.  
Alle Kameraden werden dringend ersucht, zu erscheinen.  
[M. 1,20] Der Vorstand.

Gesucht wird der bis 17. November 1911 in der Zimmerer **Fink**, Bielefeld gearbeitet hat und dann abgereist ist. Fink wird gebeten, seine Adresse so bald wie möglich an **Gustav Syrik**, Kassierer, Detmold, Brunnenstraße, einzusenden, zwecks Aussage in einer Angelegenheit.  
[M. 1,80]

**Zahlstelle Friedrichsort.**  
Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt bei [50 &]  
**Fritz Laatzten, Friedrichsort, Priesterstrand.**

**Zahlstelle Mannheim u. Umg.**  
Allen zureisenden und arbeitslosen Kameraden zur Kenntnis, daß das Umschauen verboten ist. Die Arbeitsuchenden haben sich beim Kassierer  
**Wilhelm Mandel, Langstr. 32/34,**  
zu melden, wo ihnen Arbeit, wenn solche vorhanden ist, nachgewiesen wird.  
[90 &]

**Zahlstelle Schweidnitz i. Schl.**  
Vorstand: **Joseph Blenert, Gartenstr. 6,**  
Kassierer: **Ernst Krause, Herrstr. 16.**  
Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung erfolgt nun Sonnabends von 5 bis 6 Uhr nachmittags.  
[70 &]

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer**  
**Verwaltungsstelle Hamburg.**  
Donnerstag, den 25. Januar, abends 8½ Uhr:  
**Mitgliederversammlung**  
im Lokale des Herrn Gennig, Göttenstr. 58.  
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal 1911 und Jahresabrechnung für 1911. 2. Auffstellung von zwei Kandidaten zur Generalversammlung. 3. Berichterstattung vom Verband der freien Krankenkassen. 4. „Die Reichsversicherungsordnung“. Ref.: Oskar Niemeyer. 5. Verschiedenes.  
Um das Erscheinen aller Mitglieder ersucht  
[M. 1,60] Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer**  
**Hamburg-Barmbeck 1 u. 2.**  
Montag, den 22. Januar, abends 8 Uhr:  
**Mitgliederversammlung**  
bei H. Voss, Rönnhaidstr. 67.  
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal und Jahresabrechnung. 2. Bericht vom Krankenkassenverband. 3. Wahlen. 4. Anträge zur Generalversammlung in Stettin. 5. Auffstellung eines Kandidaten. 6. Verschiedenes.  
[M. 1,40] Die Verwaltung.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer**  
**Verwaltungsstelle Harburg.**  
Mittwoch, den 24. Januar, abends 8½ Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
bei Herrn Lüssenhop, 1. Bergstraße.  
Tagesordnung: Abrechnung vom vierten Quartal 1911. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung.  
[M. 1,20] Der Vorstand.